Landkreis Nachrichten
BADEN-WÜRTTEMBERG

AUSGABE 3 · 2024
ISSN 2626-0050

SCHWERPUNKT

Vor der Lage sein – Bevölkerungsschutz stärken

EDITORIAL 3

SCHWERPUNKT: VOR DER LAGE SEIN – BEVÖLKERUNGSSCHUTZ STÄRKEN

Katastrophenschutz stärken
Katastrophenschutz. Wo kommen wir her, wo stehen wir, wo müssen wir hin? 5

Vor der Lage sein – Krisen fest im Blick
Stabilität und Orientierung in ungewissen Zeiten – Baden-Württemberg auf dem Weg zur krisenfesten Gesellschaft 7

Das Ehrenamt stellte Tausende Einsatzkräfte
5 Tage Unwetter im Landkreis Göppingen 9

Katastrophenschutz im Rems-Murr-Kreis
Einblicke vor und nach dem Ernstfall der Starkregen- und Hochwasserereignisse vom 2. auf den 3. Juni 2024 12

Ein Beispiel für den Lückenschluss im Risiko- und Krisenmanagementkreislauf
Resilienzzentrum Ostalbkreis – so kann es rund laufen 16

Großkrisen gestärkt begegnen
Wie sich der Neckar-Odenwald-Kreis auf überregionale Katastrophenlagen vorbereitet 18

Katastrophenschutz als grenzüberschreitende Aufgabe
Wie Südbaden und die Schweiz erfolgreich beim Bevölkerungsschutz zusammenarbeiten 20

Neue Wege im Bevölkerungsschutz
Landkreis Böblingen rüstet sich für künftige Herausforderungen 21

WEITERE THEMEN

Verabschiedung von Vizepräsident Landrat Heinz Eininger
„Landrat mit Herzblut und mit ungeheurem Engagement!“ 24

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen
Wir vertreten die baden-württembergischen Kommunen in Europa 26

Das Gesundheitssystem entlasten
Gut integrierte Zugewanderte lotsen Neuzugewanderte durch das Gesundheitssystem 28

SAVE THE DATE: Fachtagung 2025
Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft 30

PERSONALIEN 31

Alle Artikel und vieles mehr finden Sie auf unserer digitalen Informationsplattform

landkreisnachrichten.de

EDITORIAL

Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es!

Nach der friedlichen Wende in Europa war der Bevölkerungsschutz in eine Art Dornröschenschlaf gefallen. Die Terroranschläge im September 2001 und die Jahrhundertflut an der Elbe im Sommer 2002 haben diesen jäh beendet. In der aktuellen, gerade auch durch Krieg und Klimawandel geprägten Polykrise ist der Bevölkerungsschutz nun noch stärker in den Fokus gerückt – auch für die Landkreise.

Von Prof. Dr. Alexis von Komorowski
Landkreistag Baden-Württemberg

© Landkreistag Baden-Württemberg

Doch beginnen wir mit einer Begriffsklärung. Beim Bevölkerungsschutz unterscheiden wir zwischen dem Zivilschutz einerseits und dem Katastrophenschutz andererseits. Aufgabe des Zivilschutzes ist es, die Bevölkerung vor Kriegseinwirkungen und den Folgen militärischer Maßnahmen zu schützen. Der Katastrophenschutz umfasst hingegen die Gefahrenabwehr bei Katastrophen, also etwa bei Hochwasser, aber auch großen Industrieunfällen oder Trinkwasserverunreinigungen. Während der Zivilschutz dem Bund obliegt, fällt der Katastrophenschutz in die Verantwortung der Länder. Die Regelzuständigkeit für den Katastrophenschutz ist in allen Flächenbundesländern auf der Kreisebene verortet, in Baden-Württemberg bei den Landratsämtern sowie den Bürgermeisterämtern der Stadtkreise als unteren Katastrophenschutzbehörden.

Hände weg vom Grundgesetz

Diese historisch gewordene Kompetenzverteilung beim Bevölkerungsschutz ist in den letzten Jahren verschiedentlich infrage gestellt worden. Vor dem Hintergrund insbesondere der Corona-Pandemie, der Hochwasser-Katastrophe 2021 in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie der zunehmenden Zahl von großflächigen Waldbränden in Ostdeutschland ist die Forderung laut geworden, der Bund müsse mehr Verantwortung für den Bevölkerungsschutz übernehmen und notfalls das Grundgesetz dazu angepasst werden.

Was aber wäre die Folge, wenn im Bereich des Katastrophenschutzes Zuständigkeiten auf die Bundesebene verlagert würden? Es käme zu zusätzlichen Kompetenzverschränkungen, neue Schnittstellen würden entstehen und das Risiko der Verantwortungsdiffusion nähme vermutlich zu. Dabei ist es doch fast schon eine Binsenweisheit, dass es gerade beim Krisenmanagement klare, eineindeutige Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten braucht. Es ist daher nicht nur nicht nötig, sondern es wäre regelrecht riskant, die föderale Verfassung des Bevölkerungsschutzes neu zu justieren. Dies gilt umso mehr, als das Grundgesetz in seinem Art. 35 eine Regelung zur Amts- und Katastrophenhilfe trifft, die sich gerade auch in den vergangenen Jahren als leistungsfähig erwiesen hat und auch für die Zukunft einen guten bundesstaatlichen Rahmen bei regionalen und überregionalen Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen bietet.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass es der Unterstützung durch Stellen des Bundes nicht bedürfte und diese nicht noch optimiert werden könnte. So ist von Seiten der Landkreise erst unlängst darauf hingewiesen worden, dass ein bundesweites digitales Lagebild und ein fortlaufend aktualisiertes, unmittelbar von den Katastrophenschutzbehörden einsehbares Register zu verfügbaren Ressourcen ein echter Mehrwert wäre. Auch das im Juni 2022 bei der Innenministerkonferenz in Würzburg aus der Taufe gehobene Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz geht in die richtige Richtung, weil es die ebenenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen sowie Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz stärkt, ohne die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Zuständigkeiten zu verwässern.

Booster für das Thema Katastrophenschutz

In Baden-Württemberg hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wie ein Booster für das Thema Katastrophenschutz gewirkt. Denn im Rahmen ihres Handlungsfelds 2, das der „Staatlichen Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ gewidmet war, hat sich die Kommission intensiv mit Fragen rund um den Katastrophenschutz beschäftigt und konkrete Hand-

lungsempfehlungen formuliert. Als eines der sieben parlamentsexternen Mitglieder hat auch der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, an den Arbeiten der Kommission mitgewirkt. Manches in dem 884 Seiten starken Abschlussbericht der Kommission trägt daher auch die Handschrift der baden-württembergischen Landkreise. In jedem Fall kann allen an der Thematik Interessierten die Lektüre des im Internet frei verfügbaren Abschlussberichtes nur empfohlen werden.

Dies gilt ungeachtet dessen, dass in dem Abschlussbericht keineswegs nur Neues und bislang Unbekanntes zu lesen steht. Auch Altbekanntes und Bewährtes wird dort noch einmal bekräftigt. So heißt es im Kommissionsbericht, dass sich in den Sachverständigenanhörungen zwei Erkenntnisse durchgezogen hätten: „Übung macht den Meister“ sowie „In der Krise Köpfe kennen“. Beides freilich gehört nun in der Tat zum Kerngeschäft der Landratsämter als unteren Katastrophenschutzbehörden und etwa auch zum A und O der regelmäßig angesetzten Stabsrahmenübungen der Landkreise.

Ausgehend von dem, wie erwähnt, empfehlenswerten Abschlussbericht der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ möchte ich im Weiteren nun auf drei für die baden-württembergischen Landkreise aktuell besonders bedeutsame Thematiken des Katastrophenschutzes näher eingehen, nämlich auf die Novelle des Landeskatastrophenschutzgesetzes, die Weiterentwicklung der Integrierten Leitstellen sowie den inklusiven Katastrophenschutz.

Novelle des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Die vom Innenministerium erarbeitete Novelle des Landeskatastrophenschutzgesetzes hängt aktuell in der Ressortabstimmung. Dass diese Novelle dringend erforderlich ist, lässt sich dem Abschlussbericht der Kommission an verschiedenen Stellen entnehmen. Er unterstützt auch an mehreren Stellen Erwartungen, die der Landkreistag an ein novelliertes Landeskatastrophenschutzgesetz knüpft. Dazu nur zwei Beispiele.

Die Krisen verändern sich nach Art und Qualität, sodass auch die Rolle der unteren Katastrophenschutzbehörden und damit zusammenhängend auch ihre Ressourcenausstattung neu bewertet werden müssen. Bisher waren es vornehmlich „Blaulicht“-Szenarien, für die man sich gewappnet hat. Nunmehr sind es auch ganz andere Krisenszenarien, mit denen die unteren Katastrophenschutzbehörden konfrontiert sind. Zu nennen sind etwa die Herausforderungen durch den Klimawandel, Energiemangellagen, Pandemien oder die Geflüchtetenaufnahme. Der Enquetekommission kann daher nur beigepflichtet werden, wenn sie dem Land rät, die unteren Katastrophenschutzbehörden unter Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen zu funktionalen „Bevölkerungsschutzämtern“ weiterzuentwickeln und in diesem Zusammenhang konsequenterweise auch die Zuweisungen über das Finanzausgleichsgesetz in den Blick zu nehmen. Genau dies und nicht weniger erwarten die Landkreise von der Novelle des Landeskatastrophenschutzgesetzes.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es unterhalb des Katastrophenfalls, also neben den sogenannten Außergewöhnlichen Einsatzlagen, noch weitere Handlungsoptionen geben sollte, und zwar insbesondere solche, die gezielte Zugriffe auf ambulante und stationäre Versorgungsstrukturen eröffnen. So waren und sind beispielsweise Corona-Abstrichstellen für symptomatische Personen unzweifelhaft Aufgabe der Regelstrukturen, mithin also der Selbstverwaltung im Gesundheitssystem. Wenn es hier zu Dysfunktionen kommt, benötigt die Katastrophenschutzbehörde staatliche Durchgriffsrechte auf diese Bereiche. Der nordrhein-westfälische Gesetzgeber hat eine entsprechende Ermächtigungsnorm bereits vor geraumer Zeit geschaffen. Die Enquetekommission hat nun der Landesregierung empfohlen, Vergleichbares auch für unser hiesiges Landeskatastrophenschutzgesetz zu prüfen. Sie greift damit eine Forderung auf, die der Landkreistag Baden-Württemberg bereits 2022 in seinem Positionspapier „Bevölkerungsschutz – ‚Das Bessere ist der Feind des Guten‘“ erhoben hat.

Weiterentwicklung der Integrierten Leitstellen

Die Integrierten Leitstellen für Feuerwehr und Rettungsdienst sind, wie der Abschlussbericht der Kommission treffend ausführt, das Herzstück der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. Eben weil den Landkreisen dies sehr bewusst ist, sind sie an Optimierungen des Leitstellensystems ausgesprochen interessiert. Insofern sprechen sie sich auch dafür aus, durch eine gute technische Vernetzung der bestehenden Leitstellen die notwendigen Redundanzen zu schaffen und Synergien zu schöpfen. Die Einführung und den Betrieb von einheitlicher, vernetzter Leitstellentechnik befürworten sie ausdrücklich und erkennen die Vorteile einer solchen zukunftsgerichteten Aufstellung der Leitstellen. Insofern befinden sich die Landkreise auf exakt derselben Linie wie die Enquetekommission, die ihrerseits dafür plädiert, über eine einheitliche und vernetzte Technik und Software in den Leitstellen und entsprechende Schnittstellen einen landesweiten zielgerichteten Datenaustausch zu gewährleisten und dadurch rettungsdienstbereichsübergreifend die Zusammenarbeit zu verbessern.

Was die Landkreise hingegen entschieden ablehnen, sind systemische Veränderungen, wie sie insbesondere mit einer kompletten Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Leitstellen verbunden wären. Stattdessen bekennen sie sich ausdrücklich zur doppelten Trägerschaft der Integrierten Leitstellen durch Kreis und Rotes Kreuz. Hier hat die Enquetekommission eine leicht andere Position vertreten. Sie hält die Übernahme der operativen Gesamtverantwortung über die Integrierten Leitstellen durch das Land für zumindest prüfenswert, wobei allerdings betont wird, dass die bisherigen Betreiber immerhin beteiligt und eingebunden werden sollen.

Überzeugend ist diese Empfehlung der Enquetekommission aber dennoch nicht. Denn auch bei der von ihr für zumindest erwägenswert erachteten Verstaatlichung würden die aktuell bestehenden Herausforderungen wie insbeson-

dere der Fachkräftemangel unverändert weiterbestehen. Insofern wäre nichts gewonnen. Indessen stünde bei einer Änderung der Trägerschaft der Integrierten Leitstelle zu befürchten, dass sich die verschiedenen Akteure über Jahre hinweg mit Fragen der Systemtransformation beschäftigen müssten und die eigentlichen Herausforderungen zwangsläufig in den Hintergrund rücken würden. Daran aber können weder die Feuerwehr noch der Rettungsdienst und erst recht nicht das Land und die Landkreise ein Interesse haben.

Auch Zwangszusammenschlüsse von Leitstellenbereichen lehnen die Landkreise ab. Diese sind im Falle einer gelingenden digitalen Vernetzung auch entbehrlich. Freiwillige Zusammenschlüsse sind hingegen ausdrücklich erwünscht. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf aufgabenbezogene Kooperationen oder für eine großräumige Planung im Krankentransport.

Inklusiver Katastrophenschutz

Ein sichtliches Anliegen der Enquetekommission war es, Katastrophenschutz sehr bewusst auch von den Menschen mit Behinderung her zu denken. Anlass hierfür dürften nicht zuletzt auch die Geschehnisse im Ahrtal gewesen sein. Hingewiesen sei an dieser Stelle auf den im Internet frei verfügbaren Film „Rette sich, wer kann“, der an das schreckliche Ereignis vom 14. Juli 2021 erinnert, als bei dem Hochwasser im Ahrtal zwölf Bewohnerinnen und Bewohner in einem Heim für Menschen mit Behinderung gestorben sind. In der Enquetekommission ist vor diesen Hintergrund nicht nur die Erwartung formuliert worden, dass in den Katastrophenschutzplänen die besondere Situation von Menschen mit Behinderung hinreichend reflektiert werden muss. Es wurde auch thematisiert, wie die Selbsthilfefähigkeit von Menschen mit Behinderung gesteigert werden kann und wie sich ihre Interessenvertretung im Kontext des Katastrophenschutzes verbessern lässt.

Für den Landkreistag war es daher auch nur selbstverständlich, dass er sich im Juli dieses Jahres der „Initiative inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg“ angeschlossen hat. Sie wurde von der Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderung, Simone Fischer, und dem Landesverband Baden-Württemberg des Deutschen Roten Kreuzes angeregt und steht unter der Schirmherrschaft von Innenminister Thomas Strobl. Ziel der Initiative ist es nicht nur für die besondere Situation von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall zu sensibilisieren, sondern vor allem auch konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Denn im Katastrophenschutz gilt ganz besonders, was auch sonst seine Richtigkeit hat und was Erich Kästner, dessen 125. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern, so wunderbar in Epigrammform gebracht hat: „Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es.“

Prof. Dr. Alexis von Komorowski leitet als Hauptgeschäftsführer die Geschäftsstelle des Landkreistags Baden-Württemberg

---

KATASTROPHENSCHUTZ STÄRKEN

Katastrophenschutz. Wo kommen wir her, wo stehen wir, wo müssen wir hin?

Der Katastrophenschutz steht wie seit Jahren nicht mehr im Fokus. Staatssekretär Thomas Blenke MdL skizziert den aktuellen Stand, wie auch die in die Zukunft reichenden Gedanken seines Hauses.

Von Thomas Blenke MdL · Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Wo kommen wir her?

Aus den Erfahrungen des zweiten Weltkriegs heraus war den Verantwortlichen der jungen Bundesrepublik klar, dass es ein starkes und funktionsfähiges System braucht, das dann hilft, wenn mehr als die alltäglichen Brände und Unfälle geschehen. Sowohl im Zivilschutz als auch im Katastrophenschutz verfügte die Bundesrepublik deshalb bis zur Wiedervereinigung über ein flächendeckendes und über den Regelbetrieb der Feuerwehr und des Rettungsdienstes hinausgehendes Hilfssystem, über Schutzbauten, Behördenselbstschutz und Regieeinheiten. Das Thema war nicht zuletzt auch in der Öffentlichkeit stets präsent.

Freilich war auch richtig: Das System war aufwändig und teuer. So soll allein der Bau des sogenannten Ausweichsitzes der Verfassungsorgane des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler rund 3 Milliarden DM gekostet haben. Mit Ende der Ost-West-Spannungen und mit dem Fall der Mauer war es allgemeiner Konsens, dass diese Vorhaltungen nicht mehr gebraucht werden. Niemand hätte sich mit der Idee der Erhaltung beispielsweise der Schutzbauten durchsetzen können. Das ist die Realität.

Thomas Blenke ist seit 1. Juli 2023 Politischer Staatssekretär im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg. Er kümmert sich schwerpunktmäßig um die Bereiche Polizei, Innere Sicherheit sowie das Rettungswesen, die Feuerwehren und den Bevölkerungsschutz.
© Jana Hartnigk

Wo stehen wir?

Nun sehen wir, dass unsere Freiheit, unsere Demokratie, unser Rechtsstaat, unsere westliche Art zu leben bedroht sind wie seit langem nicht mehr. Die Auswirkungen weltweiter Krisen sind auch für uns spürbar. Wir leben leider nicht in einer friedlichen Welt. In einer solchen Welt gilt es wehrhaft zu sein.

In diesen Zeiten fallen bei der Bundesregierung Ankündigungen und Taten weit auseinander. Der Bund vernachlässigt die zivile Verteidigung, ganz konkret die Ausstattung unserer Hilfsorganisationen und Feuerwehren mit Fahrzeug und Gerät. Die Bundesfahrzeuge überaltern und müssen dringend ersetzt werden. Das ist kein Wunder, denn die Bundesregierung und die sie im Bundestag tragenden Fraktionen sparen beim Zivilschutzetat. Das ist gänzlich unverständlich und auch unverantwortlich.

Doch machen wir es uns nicht zu einfach: Unser Katastrophenschutz hat in den vergangenen Krisen, und davon hatten wir leider einige, sehr gut funktioniert. Dies ist einem ganz starken Ehrenamt zu verdanken. Menschen, die sich in ihrer Freizeit mit ganz viel Herzblut und gleichzeitig sehr professionell für ihre Mitmenschen einsetzen. Einen weiteren wichtigen Baustein bilden die Katastrophenschutzbehörden. Hierbei kommt es gerade auf starke untere Katastrophenschutzbehörden an, also auf die Stadt- und Landkreise. Die sind am nächsten an den Menschen, an den Problemen und auch an den Lösungsmöglichkeiten dran. Daher sieht auch das neue Landeskatastrophenschutzgesetz grundsätzlich die Zuständigkeit der unteren Katastrophenschutzbehörde für die Lagebewältigung vor. Der Abbau von Personal als Ausfluss der Friedensdividende konnte in vielen Kreisen gestoppt werden. Dankenswerterweise wird auch in den Kreisen das Thema wieder mit hoher Priorität behandelt.

Von Seiten des Landes haben wir vor allem die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Zum Ende der letzten Legislaturperiode haben wir das Gesetz zur Stärkung der Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz beschlossen. Seither ist auch unterhalb des Katastrophenfalls der Einsatz Ehrenamtlicher abgesichert. Derzeit setzen wir ein Sonderprogramm in Höhe von 25 Mio. € zur Stärkung des Katastrophenschutzes um. Um nur ein drittes Beispiel zu nennen: Wir haben gemeinsam mit den Kommunalen Landesverbänden und mit den Katastrophenschutzbehörden aller drei Ebenen den Entwurf eines neuen Landeskatastrophenschutzgesetzes verfasst. Auch hierbei steht eine nachhaltige spürbare Stärkung des Katastrophenschutzes im Mittelpunkt.

Wo müssen wir hin?

Seneca wird der Satz zugeschrieben: Wer den Hafen nicht kennt, für den ist kein Wind günstig.

Wir müssen uns also immer fragen, was unser Ziel ist. Hierbei geht es nicht um Wünsche, Träume und Utopien, sondern um real erreichbare Ziele. Absolute Sicherheit und null Risiko können wir sicher nicht wollen. Die Menschen haben eine Eigenverantwortung und der Staat kann weder alles verbieten noch bei jeder Gefahr allen gleichzeitig helfen. Diesen Eindruck sollten wir auch nicht bei der Bevölkerung erwecken. Daher müssen wir uns auch bei der Anschaffung neuer Ausrüstung immer wieder fragen: Was wollen wir damit erreichen und – vor allem – wer soll sie bedienen. Denn letztlich kommt es auf die Menschen an. Die Menschen, die das Bevölkerungsschutzsystem tragen, dürfen wir nie aus dem Blick verlieren.

Daher ist eine weitere Stärkung des Katastrophenschutzes unerlässlich. Ich werbe deshalb mit Nachdruck dafür, dass wir als Land weiterhin in den Bevölkerungsschutz investieren. Denn Geld für unseren Bevölkerungsschutz ist gut angelegtes Geld – für die Sicherheit der Menschen in Baden-Württemberg.

Thomas Blenke MdL ist Staatssekretär im Ministerium des Inneren für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

Stabilität und Orientierung in ungewissen Zeiten – Baden-Württemberg auf dem Weg zur krisenfesten Gesellschaft

Die Krisen unserer Zeit offenbaren nicht nur die Fragilität unserer Infrastrukturen, sondern auch die unserer Gemeinschaft. Der Abschlussbericht der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zeigt, was aus vorangegangenen Krisen gelernt wurde und wie sich unser Gemeinwesen in Zukunft effizienter auf bekannte und noch unbekannte Szenarien vorbereiten kann.

Von Alexander Salomon MdL · Landtag Baden-Württemberg

Es sind die Momente, in denen die Welt scheinbar ihren Atem anhält, in denen wir die Verletzlichkeit unseres Daseins am deutlichsten spüren. Krisen wie eine Pandemie, extreme Wetterereignisse wie die aktuellen Fluten, die Bedrohung kritischer Infrastruktur und Kriege – sie erreichen uns oftmals unvorbereitet und unerwartet. Sie hebeln unser alltägliches Gefühl von Sicherheit aus und treffen uns – gesamtgesellschaftlich, aber auch jede und jeden Einzelnen von uns – damit an einer hochsensiblen Stelle: unserem Vertrauen in eine geordnete Zukunft. Krisen führen uns ganz unverhohlen vor Augen, dass die Welt, in der wir leben, einem ständigen Wandel ausgesetzt ist, dessen Geschwindigkeit und Richtungen häufig nur schwer vorhersehbar sind.

Wie können wir mit Krisen in unserer modernen, hochtechnisierten Zeit umgehen? Eine zugegebenermaßen erste abstrakte Antwort, die zugleich naheliegend und logisch klingt, ist: Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. In dieser Feststellung liegt eine unglaubliche Wucht. Gleichzeitig formuliert sie Herausforderungen. Der Wesenskern der Krise ist immer eine außergewöhnliche, akute und zumeist diffuse Bedrohungslage, die unter hohem Handlungsdruck unter Kontrolle gebracht werden muss. Eine ganze Reihe weitreichender Entscheidungen muss adhoc und zumeist ohne Kenntnis all ihrer Auswirkungen getroffen werden. Zugleich erscheint oftmals das Unterlassen von Handlungen, aus Zwang oder Opportunität, kurzfristig und situativ als vorteilhaft, kann aber langfristig eine Verschärfung der Krisenlage befördern und jegliche noch so kleine Schwachstelle im System offenlegen.

Es ist deshalb eine politische und aus meiner Sicht notwendige parlamentarische Frage, sich mit Weitsicht und Strategie mit den Themen Krisenfestigkeit und Krisenbewältigung zu beschäftigen. Und dabei kann eine Enquetekommission etwas leisten, was der „normale“ Parlamentsbetrieb nur bedingt leisten kann: Die strukturierte, fraktionsübergreifende Befassung mit einer Materie von herausgehobener gesellschaftlicher Bedeutung, unter Einbeziehung von Sachverständigen und der Zivilgesellschaft.

Alexander Salomon MdL © Lena Lux

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist dieser Aufgabe intensiv über zwei Jahre in 25 Sitzungen nachgegangen. Sie hat dabei 136 Expertinnen und Experten aus Verwaltung und Wissenschaft, aus Unternehmen, Kommunen und Verbänden angehört, Fachleute und Interessengruppen haben 75 Stellungnahmen eingereicht. Wesentlicher und neuer Bestandteil der Kommission stellte ein Bürgerforum sowie eine Kinder- und Jugendbeteiligung dar.

Die Arbeit der Kommission war grob unterteilt in vier Handlungsfelder: Im ersten Handlungsfeld hat sie sich, motiviert durch die Pandemie, mit Herausforderungen im Gesundheitswesen befasst, im zweiten mit dem Katastrophenschutz, das dritte Handlungsfeld adressierte Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kontext von Krisen, das vierte die Krisenresilienz wirtschaftlicher Strukturen.

THEMENÜBERGREIFEND MÖCHTE ICH BETONEN, DASS AUS MEINER SICHT DER WEG AUS DER KRISE INSBESONDERE ÜBER FOLGENDE, ENG MITEINANDER ZUSAMMENHÄNGENDE ASPEKTE FÜHRT:

- Eine direkte, unmittelbare und nachvollziehbare Kommunikation der verantwortlichen Stellen.
- Eine damit einhergehende größtmögliche Transparenz bezüglich des Handelns und der Begründung der Maßnahmen des Staates in der Krise und, darauf aufbauend,
- das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den handelnden Akteurinnen und Akteuren sowie auf ein funktionierendes, solidarisches Gemeinwesen.

Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zahlen auf diese drei sich wechselseitig beeinflussenden Grundpfeiler der Krisenbewältigung auf verschiedene Art und Weise ein.

Vor dem Hintergrund des Themenschwerpunkts dieser Ausgabe der Landkreisnachrichten werde ich im Folgenden konkrete Handlungsempfehlungen aus zwei Bereichen der Katastrophenvorsorge vorstellen, erstens der föderalen Aufgabenverteilung und zweitens der Modernisierung der integrierten Leitstellen. Die Beispiele sollen einen ersten Eindruck von der Arbeit der Enquetekommission und ihren Ergebnissen vermitteln. Dabei handelt es sich notwendigerweise um eine kleine Auswahl mit Bezug zur wichtigen Rolle der Land- und Stadtkreise. Der gesamte Bericht, der einen detaillierten Überblick zur Thematik aus landespolitischer Sicht bietet, kann online unter www.landtag-bw.de abgerufen werden.

Beispiel 1: Aufgabenverteilung beim Katastrophenschutz

Die Kommunen und Landkreise sind, insbesondere aufgrund ihrer Vernetzung vor Ort mit Feuerwehren, kommunaler Verwaltung und lokalen Organisationen, der Hauptakteur und zentrale Ansprechpartner beim Bevölkerungsschutz und in Katastrophenszenarien. (Vgl. Kapitel 4.2.12.) Die bestehende föderale Aufgabenverteilung hat sich nach Ansicht der Kommission bewährt, diese Einschätzung deckt sich mit der positiven Bewertung der Aufgabenverteilung durch den Landkreistag.

Die Vernetzung der verschiedenen Akteure, insbesondere zwischen Hilfsorganisationen und staatlichen Behörden, sollte aus Sicht der Enquetekommission allerdings weiter ausgebaut werden.

IN DIESEM ZUSAMMENHANG EMPFIEHLT SIE

- die Regierungspräsidien mit ihrer Bündelungsfunktion im Risiko- und Krisenmanagement stärker in die Planung der Katastrophenabwehr einzubinden; (4.2.4. i)
- die Bündelungsfunktion für die Stadt- und Landkreise unter Wahrung ihres Selbstverwaltungsrechts anzustoßen und die dort bestehenden unteren Katastrophenschutzbehörden unter Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen zu funktionalen „Bevölkerungsschutzämtern" weiterzuentwickeln; (4.2.4. j)
- wobei die Gewährleistung klarer Zuständigkeiten und leistungsstarker Strukturen mit gezielten Handlungs- und Ermessensspielräumen und verantwortlichen Ansprechpartnern im Krisen- und Katastrophenfall" (4.2.4. a) handlungsleitend sein sollte.

Auf Landesebene soll im Innenministerium die zuständige Abteilung zu einem Bevölkerungsschutz-Präsidium als institutionalisierte Anlaufstelle für die Akteure des Bevölkerungsschutzes weiterentwickelt werden. (4.2.4. c)

Beispiel 2: Weiterentwicklung der Integrierten Leitstellen

Wesentlichen Handlungsbedarf hat die Kommission bei der Weiterentwicklung und Modernisierung der Leitstellen als den zentralen Einrichtungen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ausgemacht. Die Leitstellen in Baden-Württemberg weisen bekanntermaßen keine einheitlichen Standards und große Unterschiede hinsichtlich Trägerschaft, Leitstellensoftware, Redundanzen, Informationstechnik, Alarmierungsprozessen und Weiterem auf, so dass zumeist auch keine einheitlichen digitalen Schnittstellen zwischen den Leitstellen existieren. (Vgl. Kapitel 4.2.7.)

VOR DIESEM HINTERGRUND EMPFIEHLT DIE KOMMISSION UNTER ANDEREM:

- durch ein Leitstellengesetz die Vorgaben für die Aufgabenerfüllung zu straffen, Qualitätsmerkmale klar zu definieren und dabei staatliche Hoheit über die Leitstellen zu präzisieren und die Aufgabenwahrnehmung der Leitstellen stärker an die staatliche Verwaltung zu binden; (4.2.7. b)
- über eine einheitliche und vernetzte Technik und Software in den Leitstellen und entsprechende Schnittstellen einen landesweiten zielgerichteten Datenaustausch untereinander und zu Einrichtungen der Notfallversorgung sowie den Kliniken und dem öffentlichen Gesundheitsdienst durch den Echtzeit-Versorgungsnachweis IVENA zu gewährleisten und mit den benachbarten Bundesländern zu vernetzen. (4.2.7. d)

Gleichwohl werden wir selbst mit größtmöglicher Vorsorge, Weitsicht und entsprechenden Entscheidungen Krisen nicht vollständig vorbeugen können. Vielmehr wird es auch weiterhin krisenhafte Situationen und Lagen geben. Die Frage, wie und in welcher Verfassung wir ihnen begegnen, liegt allerdings in unserer Hand. Zuvorderst dürfen wir der Zukunft bei aller notwendigen Vorausschau nicht mit Vorbehalten begegnen. Es liegt an uns, einen positiven Gestaltungshorizont als Orientierung und Halt aufzuzeigen, der mindestens auf eine offene, vielfältige und zugleich solidarische Gesellschaft und auf verlässliche, stabile und auch mutige, demokratische Institutionen aufbaut.

Die Enquetekommission hat mit ihrem Abschlussbericht und ihren Handlungsempfehlungen hierzu eine Wegbeschreibung vorgelegt. Es ist nun ein Auftrag an das Land und ein Angebot an alle am Aufbau einer resilienten Struktur Beteiligten, diesen Pfad in eine krisenfestere Zukunft aktiv gemeinsam im Kleinen und Großen zu gehen.

Schließlich benötigt Krisenvorsorge eine umfassende Betrachtung und Einbeziehung von diversen Fachbereichen und stellt eine dauerhafte Aufgabe und Herausforderung dar, die, wie die Enquete, nicht nur in den laufenden Prozessen und Abläufen verortet sein sollte. Inspiriert durch die überaus gewinnbringenden Erfahrungen in der Kommission rege ich daher an, ein dauerhaftes Gremium einzurichten, um sich zu herausgehobenen Fragen gesamtgesellschaftlicher Tragweite sowie zu aktuellen Entwicklungen und zukunftsrelevanten Themen auszutauschen. Als Vorbild könnte das „Committee for the Future“ in Finnland dienen.

Es bleibt mir abschließend festzuhalten: Rechnen Sie mit der Krise, aber gestalten Sie mit Mut und Zuversicht und in enger Kooperation mit den vielen Menschen und Akteuren vor Ort den gesellschaftlichen Fortschritt.

Alexander Salomon MdL ist Vorsitzender der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

DAS EHRENAMT STELLTE TAUSENDE EINSATZKRÄFTE

5 Tage Unwetter im Landkreis Göppingen

Anfang Juni 2024 wurde der Landkreis Göppingen über fünf Tage hinweg von einem schweren Unwetter getroffen. Nach tagelangem Dauerregen kam es zu weiteren Starkniederschlägen mit lokal bis zu 200 mm Regen innerhalb weniger Stunden. Zur Schadensabwehr waren Tausende ehrenamtliche Kräfte eingesetzt. Eine derartige Lage erfordert auf Kreisebene eine entsprechende Unterstützung und Koordination.

Von Prof. Dr.-Ing. Michael Reick · Landkreis Göppingen

Die Unwetterlage Anfang Juni 2024 war schlimm für die betroffene Bevölkerung und für die Gemeinden mit ihren Freiwilligen Feuerwehren. Damit war es auch für die Leitstelle, den Führungsstab der Feuerwehren des Landkreises und die Verwaltungen über fünf Tage hinweg eine echte Bewährungsprobe. Trotz verbessertem Hochwasserschutz entlang der Fils sowie an etlichen Zuflüssen muss uns bewusst sein, dass bei lokalen extremen Starkregenfällen auch kleinere Bäche deutlich über die Ufer treten können bzw. Oberflächenwasser aus Hanglagen in bebautes Gebiet laufen wird und Menschen, Tiere und erhebliche Sachwerte gefährdet sind.

Kurzfristige Vorbereitung: Sandsäcke füllen und Kommunikationsstruktur testen

Neben ersten hochwasserbedingten Einsätzen der Feuerwehren wurden am Freitag, den 31. 5. 2024 bereits Tausende Sandsäcke abgefüllt, die Personalverfügbarkeit geprüft und die Kommunikationsstruktur vorbereitet. Entscheidungen können nur so gut sein wie die Informationen, auf denen sie beruhen. Neben Telefon- und Funkgesprächen müssen hier auch qualifizierte Lagemeldungen zu einem Lagebild auf Kreisebene führen. Das seit der Covid-Pandemie übliche Medium der Videokonferenz kann ebenfalls als Option für Lagebesprechungen bei einer dezentralen Großschadenslage genutzt werden – solange diese Technik funktioniert.

Bad Ditzenbach © Prof. Dr.-Ing. Michael Reick

Expertenrat ist gefragt: Bewertung von Wetter- und Pegelprognosen

Über fünf Tage hinweg standen Experten des Umweltschutzamtes im Landratsamt Göppingen den Feuerwehrkommandanten zur Verfügung und interpretierten die Niederschlagswerte und – prognosen sowie die hieraus zu erwartenden Pegelstände und Überflutungsgebiete. Aufgrund der schwierigen Vorhersagbarkeit lokaler Starkregenfälle waren die

Krisenkommunikation: Videokonferenz des Feuerwehr-Führungsstabes © Prof. Dr.-Ing. Michael Reick

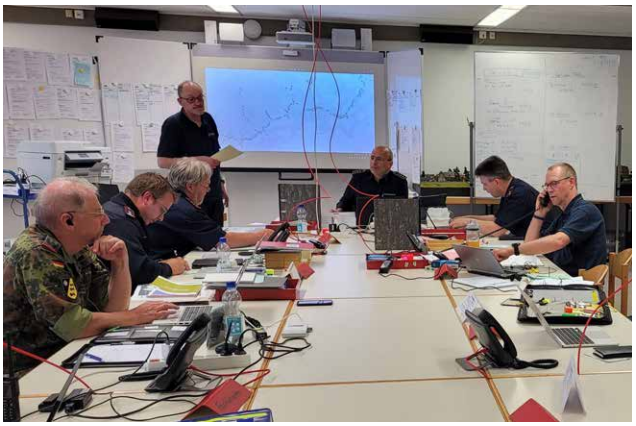
Prognosen zwar mit Unsicherheit verbunden und existierten letztlich nur für die Fils als größtes Fließgewässer im Landkreis Göppingen, dennoch waren dies wichtige Informationen um den Einsatz der verfügbaren Ressourcen im Landkreis auch im Hinblick auf die „Dinge, die noch kommen könnten" richtig einzuschätzen.

Die Auswertung von Lagemeldungen der Gemeinden in Schadenskonten, die Lagedarstellung nach Verifikation der Meldungen, die Abstimmung, Anforderung und der Einsatz umfangreicher externer Kräfte wurde über fünf Tage hinweg im Führungsstab geplant und koordiniert. Neben rund 1400 Einsatzkräften der Feuerwehren waren rund 300 Kräfte des THWs und 50 Kräfte des Rettungsdienstes über die fünf Tage hinweg eingesetzt. Die Kräfte des THWs wurden den örtlichen Einsatzleitungen zugewiesen sowie zentral von einer in den Stab integrierten Führungsstelle koordiniert.

Extreme Überschwemmungen in Ebersbach an der Fils mit zahlreichen Menschenleben in Gefahr

Nach drei Tagen heftigem Regen mit Hunderten Einsatzstellen auf Kreisebene hat eine weitere extreme Regenzelle die Städte Uhingen sowie im Besonderen die Stadt Ebersbach an der Fils getroffen. Die kleine Sulpach hatte sich zu einem reißenden Fluss verwandelt und Fahrzeuge und Tiere mitgerissen. Auch um das Leben zahlreicher Menschen musste viele Stunden lang gebangt werden – glücklicherweise waren letztlich aber keine Menschenleben zu beklagen. Aufgrund der Dunkelheit konnte keine Luftrettung eingesetzt werden, mit zahlreichen Booten und entsprechenden Fahrzeugen wurden aber über 30 Menschen aus ihren Häusern gerettet. Einige Straßenbereiche in Ebersbach wurden bis zu drei Meter überflutet. Eine Evakuierung zahlreicher Gebäude war notwendig und es wurde für mehrere Hundert Menschen eine Notunterkunft vorbereit. Hierzu wurden die Betreuungseinheiten des Katastrophenschutzes eingesetzt. Eine massive überörtliche Unterstützung mit Dutzenden weiteren Fahrzeugen war die gesamte Nacht im Einsatz. Weiterhin wurden zur Unterstützung der örtlichen Einsatzorganisation auch Führungseinheiten aus benachbarten Landkreisen angefordert. Die B10 wurde massiv überflutet und war letztlich für mehrere Tage in beiden Fahrtrichtungen gesperrt.

Wenige Stunden nach der Starkregenzelle über Uhingen und Ebersbach bildete sich eine weitere Starkregenzelle über Eislingen/Fils, dessen Ortsteil Krummwälden sowie über der Gemeinde Ottenbach. Die Krumm, ein eigentlich kleiner Bach, welcher in Eislingen in die Fils mündet, trat aufgrund des dort auftretenden HQ-Extrem (also deutlich über einem HQ100) ebenfalls sehr schnell großflächig über die Ufer. Wasser drückte meterhoch aus Kanälen auf die Straßen, eine Person musste von der Feuerwehr aus einer überfluteten Garage gerettet werden. Auch hier wurde die örtliche Feuerwehr verstärkt durch umfangreiche Kräfte des THWs.



Führungsstab der Feuerwehr mit Beteiligung von THW, Polizei, Rettungsdienst, Bundeswehr und Verwaltung - besetzt über fünf Tage hinweg © THW Göppingen

Lageerkundung und Präsenz vor Ort politischer Vertreter an den Einsatzstellen © THW Göppingen

Lagemeldungen, Gespräche und Videokonferenzen sind wichtige Mittel der Informationsgewinnung in der Krise. Der persönliche Eindruck vor Ort während der heißen Phase aber auch in der Phase des abklingenden Hochwassers vermittelt einen Eindruck der Dramatik. In Ebersbach an der Fils war selbst das Feuerwehrhaus unter Wasser gestanden und hat die Hilfeleistung durch die örtliche Feuerwehr zusätzlich erschwert.

Von Sonntagnacht bis Montagabend wurde im Landkreis aufgrund der vorstehend beschriebenen Lage die außergewöhnliche Einsatzlage nach Landeskatastrophenschutzgesetz festgestellt. In der schwierigsten Phase des Hochwassers waren Landrat Edgar Wolff mit Bezirksbrandmeister Adrian Wibel persönlich im Führungsstab und auch in Ebersbach und Uhingen vor Ort. Auch Ministerin Razavi, Innenminister Strobl und Landtagsabgeordnete verschafften sich ein persönliches Bild der Lage.

Im Nachgang betrachtet kann sich unsere Gesellschaft glücklich schätzen, ein derart leistungsfähiges und hierbei überwiegend von Ehrenamtlichen getragenes Hilfeleistungssystem zu haben. Wir sollten die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dies so erhalten werden kann.

Prof. Dr.-Ing. Michael Reick ist Kreisbrandmeister des Landkreises Göppingen sowie Fachgebietsleiter Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz und Vorstandsmitglied des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg e. V.

VON FREITAG, 31. 5. BIS MITTWOCH, 5. 6. 2024, WAREN ZUSAMMENFASSEND FOLGENDE KRÄFTE UND EINHEITEN IM EINSATZ:

- Alle 38 Gemeindefeuerwehren mit dokumentierten Einsätzen im eigenen Gebiet beziehungsweise zur Überlandhilfe
- rund 1.400 Einsatzkräfte der Feuerwehren des Landkreises, direkt unterstützt durch rund 160 in die Feuerwehrarbeit integrierte Helfer
- 170 Feuerwehrfahrzeuge aus dem Landkreis Göppingen
- 30 Feuerwehrfahrzeuge aus den benachbarten Landkreisen Esslingen, Alb-Donau-Kreis, Heidenheim und der Stadt Stuttgart
- rund 100 Fahrzeuge von Bauhöfen und Firmen, sowie Dutzende Traktoren von Landwirten
- Spezialkräfte wie Strömungsretter, Bootsführer und Drohneneinheiten zur Lageerkundung
- rund 300 Einsatzkräfte des THW mit rund 40 Fahrzeugen, 30 Trupps und Gruppen aus 18 Ortsverbänden aus ganz Baden-Württemberg
- rund 50 Einsatzkräfte des DRK und der Malteser in den Betreuungseinheiten
- es ergaben sich rund 600 Einsatzstellen mit dokumentierter Tätigkeit der Hilfskräfte (Einsatzstellen mit reiner Erkundung wurden nicht erfasst)
- über 40.000 Sandsäcke wurden kurzfristig im Landkreis abgefüllt, überörtlich verteilt und teilweise sogar mehrfach verwendet
- der Feuerwehr-Führungsstab war über vier Tage hinweg personell besetzt mit in der Spitze bis zu 15 Kräften der Feuerwehr, 5 Verbindungspersonen sowie bis zu 15 Personen des THW.

Vorstehend dargestellt sind die über die Feuerwehren, örtlichen Einsatzleitungen bzw. den Feuerwehr-Führungsstab angeleiteten Einheiten. Die darüber hinaus umfangreiche Nachbarschaftshilfe ist in den vorstehenden Zahlen nicht enthalten und wurde an vielen Stellen in erheblichem Umfang beobachtet.

ERKENNTNISSE AUS EINER DERARTIGEN HOCHWASSERLAGE FÜR EINEN LANDKREIS:

- Die Feuerwehren können örtlich und überörtlich mit beachtlicher Kräfteanzahl eingesetzt werden und Hilfe leisten, eine Vorhaltung der entsprechenden Gerätschaften (insbesondere Sandsäcke, Schutzsysteme und Pumpen) vorausgesetzt. Dies kann die Not vielerorts lindern und Menschen, Tiere und erhebliche Sachwerte schützen. Die überörtliche Zusammenarbeit und die Integration des THWs in das System haben sehr gut funktioniert. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir ein ehrenamtliches System in dieser Form haben.
- Auf Kreisebene ist ein Führungsstab erforderlich, der personell und technisch ausreichend ausgestattet sein muss. Die Umsetzung der fachtechnischen Bewertung muss durch die Verwaltungen unterstützt werden.
- Eine derartige Wetterlage mit unklarer Verlaufsprognose ist im Hinblick auf das Ressourcenmanagement (von Einsatzkräften über Fahrzeuge und Pumpen bis hin zu Sandsäcken) anspruchsvoll. Eine fachlich gute meteorologische Beratung und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb des Führungsstabes und der Verwaltungen sind daher Grundlage für einen effektiven Einsatz des Gesamtsystems.
- Der Informationsfluss in der Leitstelle (Überlauf des Notrufs 112, Annahme und Weitergabe an die Gemeindefeuerwehren) sowie zwischen Führungsstab, den Gemeindefeuerwehren und den Verwaltungen muss funktionieren und technisch vorbereitet sein. Der Aufwand hierfür steigt enorm, wenn ein Einsatz über mehrere Tage hinweg geht und dadurch im Schichtbetrieb gearbeitet werden muss.
- Die Arbeit der Gemeindeverwaltungen und die daraus resultierenden konkreten materiellen Anforderungen an den Führungsstab können sehr unterschiedlich sein. Wenn die Informations-Hol-und-Bring-Pflicht nicht mehr in Balance ist, gilt es regelnd einzugreifen.
- Entscheidungen beruhen auf Informationen. Die Kommunikationsstruktur muss daher funktionieren. Die im Landkreis Göppingen bei diesem Einsatz genutzte Kombination aus I) schriftlichen Lagemeldungen der Gemeinden per Telefax, II) Videokonferenzen der Feuerwehren in der Art von Lagebesprechungen und III) persönlicher Abstimmung und Verifikation der Schadenskonten hat sehr gut funktioniert. Dies gelang jedoch nur, weil das Medium der Videokonferenzen auch sonst regelmäßig genutzt wird.

Einblicke vor und nach dem Ernstfall der Starkregen- und Hochwasserereignisse vom 2. auf den 3. Juni 2024

Der Katastrophenschutz ist für den Rems-Murr-Kreis schon seit Jahren ein strategisches TOP-Thema und steht als Daueraufgabe mit höchster Priorität auf der Agenda.

Von Isabelle Kübler · Rems-Murr-Kreis

Landrat Dr. Richard Sigel am Wehr in Winterbach © Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Die Hochwasser- und Starkregenereignisse im Juni 2024 haben im Rems-Murr-Kreis Schäden in dreistelliger Millionenhöhe verursacht. Die Schäden haben sich besonders auf einige Städte und Gemeinden konzentriert, da ein Starkregenereignis und weniger eine allgemeine Hochwasserlage ursächlich war. Zwei Menschen verloren dabei ihr Leben. Besonders stark getroffen hat es die Gemeinde Rudersberg und die Stadt Schorndorf. Die Gesamtschäden im Landkreis belaufen sich auf etwa 330 Millionen Euro, wovon rund 136 Millionen Euro auf die öffentliche Infrastruktur entfallen. Nach den Erfahrungen in Braunsbach geht man auch im Rems-Murr-Kreis davon aus, dass der vollständige Wiederaufbau mehrere Jahre dauern wird.

„Die riesigen Schäden, die im Rems-Murr-Kreis entstanden sind, und erst recht zwei Todesopfer, sind ein Riesenunglück und die größte Katastrophe seit Jahrzehnten. Dennoch sind wir in Bezug auf das, was uns damals gedroht hätte, wenn sich die Gefahren der ebenfalls bestehenden extremen Hochwasserlage im Remstal realisiert hätten, noch vergleichsweise glimpflich davongekommen. Durch intensive Vorbereitung auf den Krisenfall, viel Steuerung und persönlichen Einsatz der Verantwortlichen im Kreis, bei den Gemeinden, Feuerwehren und Wasserverbänden konnte zunächst die Hochwasserlage im Remstal kontrolliert werden. Nicht zu beherrschen war hingegen die partielle Starkregenzelle, die sich zudem über Teilen des Rems-Murr-Kreises entladen hatte. Selbst erfahrene Einsatzkräfte, wurden innerhalb von Sekunden von Wassermassen umzingelt und mussten sich u.a. erst einmal selbst auf die Dächer ihrer Fahrzeuge retten. Dank aller Einsatzkräfte hat aber auch in den von Starkregen betroffenen Gebieten die Koordination schnell gut funktioniert, schildert Landrat Dr. Richard Sigel rückblickend die Ereignisse vom 2. auf den 3. Juni 2024.

Gemeinsam mit den Kommunen, den anderen betroffenen Landkreisen in der Region Stuttgart und mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände hat sich die

Das Ausmaß der Schäden in Klaffenbach (Rudersberg)
© Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Das Ausmaß der Schäden in Welzheim
© Landratsamt Rems-Murr-Kreis

Gravierende Schäden auch in Miedelsbach (Schorndorf)
© Bebop Media

Gravierende Schäden auch in Miedelsbach (Schorndorf)
© Bebop Media

Kreisverwaltung nach der Katastrophe erfolgreich für die Gewährung von Hilfen durch das Land Baden-Württemberg für den Wiederaufbau eingesetzt. Die Behebung von Schäden an der öffentlichen Infrastruktur kann und soll in erster Linie über 29 Förderprogramme des Landes finanziert werden. Darüber hinaus wurde durch das Land ein zusätzliches Hilfspaket für Kommunen in Höhe von 25 Millionen Euro beschlossen. Hieraus fließen 13,5 Millionen Euro in den Rems-Murr-Kreis.

Erkenntnisse nach dem Ernstfall

Die Ereignisse haben gezeigt, wie elementar wichtig eine gute Krisenprävention ist. Denn im Katastrophenfall spielt der Landkreis eine zentrale und entscheidende Rolle. Eine wichtige Erkenntnis nach dem erlebten Ernstfall: Die Abläufe des Katastrophenschutzes haben gut funktioniert.

Der Katastrophenschutz ist für den Rems-Murr-Kreis ein strategisches TOP-Thema und steht schon seit Jahren als Daueraufgabe mit höchster Priorität auf der Agenda. Dazu gehört auch die ständige Vorbereitung auf mögliche Katastrophensituationen wie Hochwasser, Starkregen oder ein flächendeckender Stromausfall. Seit dem Jahr 2021 wurden bereits sechs Katastrophenschutz- bzw. Stabsübung durchgeführt. „Als Kreisverwaltung müssen wir uns bestmöglich wappnen und uns gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und den Blaulicht-Fraktionen vorbereiten. Szenarien müssen durchgespielt, Abläufe trainiert werden. Risikomanagement ist für uns eine Gemeinschaftsaufgabe. Was sich in der Krise nun auch erwiesen hat: Unsere neuen Stabsräume, welche wir seit Anfang 2024 im Landratsamt neu eingerichtet haben, haben sich absolut bewährt“, so Landrat Dr. Richard Sigel.

Neben dem Katastrophenschutz ist und war es dem Landkreis ein wichtiges und zentrales Anliegen für die Betroffenen da zu sein und diese bestmöglich über die aktuelle Lage zu informieren.

Die Informationsweitergabe spielte dabei eine zentrale Rolle: Der Landkreis sorgte dafür, dass die Bevölkerung über die verschiedenen Kanäle (wie z. B. die Warnapp NINA) regelmäßig über die Lage und notwendige Maßnahmen informiert wurden. Um die Bürgerinnen und Bürger außerdem zu erreichen, setzte der Rems-Murr-Kreis einen Schwerpunkt auf die Kommunikation über Instagram und die Website. Die Videobotschaft von Landrat Dr. Richard Sigel zur Entwarnung nach den Ereignissen erreichte 15.300 Menschen. Die Website diente als gute Anlaufstelle mit einer umfangreichen FAQ-Liste zu den wichtigsten Fragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Seit August können außerdem Schäden an Gewässern infolge von Hochwasser und Starkregen, etwa Uferabbrüche oder Unterspülungen über den neu eingerichteten online Schadenmelder des Rems-Murr-Kreises unter www.rmk-hochwasser-schadensmelder.de gemeldet werden.

OB Hornikel (Schorndorf), BM Ahrens (Rudersberg) beim Besuch von Ministerpräsident Kretschmann in Rudersberg mit Landrat Dr. Sigel und Regierungspräsidentin Bay
© Heiko Potthoff

Die Solidarität und der Zusammenhalt im Rems-Murr-Kreis waren enorm. Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, die Malteser, das DLRG, die Polizei, die Gemeindeverwaltungen, die Mitarbeitenden der Bauhöfe haben Sandsäcke gefüllt, Keller leergepumpt, Straßen gesichert und unterstützt, wo es nur ging. Zahlreiche Helferinnen und Helfer haben unmittelbar nach den Ereignissen tatkräftig und über viele Tage hinweg bei den Aufräumarbeiten in den betroffenen Haushalten mit angepackt. In Rudersberg und Schorndorf wurden für die unzähligen helfenden Hände Helferfeste veranstaltet.

Kreis, Kommunen und Städte haben schnelle und pragmatische Hilfen ermöglicht: 8.000 Tonnen Sperrmüll wurden aus Privathaushalten kostenfrei durch die Abfallwirtschaft Rems-Murr (AWRM) entsorgt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Bereits am zweiten Tag nach den Ereignissen richtete der Rems-Murr-Kreis ein kreisübergreifendes Spendenkonto mit den ebenfalls betroffenen Nachbarlandkreisen Ludwigsburg, Göppingen und dem Ostalbkreis ein.

Noch in derselben Woche, wurden die ersten Spendengelder an besonders stark betroffene Haushalte und Vereine ausbezahlt. Über 2,7 Millionen Euro konnten somit pragmatisch an Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Ehrenamt und die Gemeinden weitergegeben werden. es gab auch Spendenkonten in den Städten und Gemeinden, aber gerade die Bündelung und ein zentrales Spendenkonto haben die Reichweite der Aktion enorm „beflügelt“ und neben Berichterstattung durch die Bildzeitung waren auch Großspenden des VfB Stuttgart und des FC Bayern München das Ergebnis.

Eine wichtige Maßnahme im Zuge der Aufarbeitung der Ereignisse war es außerdem entsprechende Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Stadt oder Gemeinde, der Energieagentur, den Versicherungen und beispielsweise einem Bauunternehmer mit Erfahrungen aus dem Ahrtal zu organisieren. Auch wurde eine gemeinsame Veranstaltung mit der IHK für Unternehmen angeboten und Sondergemeinderatssitzungen anberaumt. Hierbei konnten erste dringende Fragen der Betroffenen geklärt oder weitere Beratungstermine vereinbart werden.

Um an mögliche Fragen der Bürgerinnen und Bürger aber auch der Schülerinnen und Schüler rund um den Katastrophenschutz anzuknüpfen, erstellt der Rems-Murr-Kreis derzeit ein Video zum Katastrophenschutz. Ziel ist es, die Arbeit des Kreises und der Blaulichtorganisationen vorzustellen sowie zu sensibilisieren, wo sich jede und jeder informieren und vorbereiten kann. Auch soll das Video zum Mitmachen in den Rettungs- und Hilfsvereinen anregen. Das fertige Video wird ab Mitte Oktober auf den Kanälen des Landratsamts (Instagram und Youtube) veröffentlicht und insbesondere den Schulen als passenden Beitrag für die „Aktionstage Katastrophenschutz“ zur Verfügung gestellt.

Rückblick Aufbau des Katastrophenschutzes und Ausblick Weiterentwicklung

Seit 2021 wurde begonnen die Stabsarbeit rund um den Katastrophenschutz im Landratsamt neu zu strukturieren. Im Herbst 2021 wurde mit allen Städten und Gemeinden im Lagezentrum des Polizeipräsidiums in Aalen der Schulterschluss geübt. Zudem wurde vom Krisenstab des Landkreises im Jahr 2022 eine mehrtägige Schulung an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung in Ahrweiler durchgeführt. Ebenfalls im Jahr 2022 fand dann zusammen mit allen Blaulichtorganisationen eine große landkreisweite Hochwasserübung im Oberen Murrtal statt. Im März und Juni 2023 wurden weitere Krisenszenarien, wie der Ausbruch der Amerikanischen Schweinepest, ein Hochwasser und ein flächendeckender Stromausfall geübt. Im März 2024 fand ebenfalls eine Stabsübung zu Hochwasserereignissen statt.

Ausbau Pegelmessnetz

Was die jüngsten Ereignisse im Rems-Murr-Kreis gezeigt haben ist, dass der bauliche Hochwasserschutz von allen beteiligten Akteuren noch weiter vorangetrieben werden muss. Um künftig besser gegen Hochwasser- und Starkregenereignisse gewappnet zu sein, arbeitet der Rems-Murr-Kreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden an einem kreis-

Eine besondere Stimmung beim Helferfest in Rudersberg
© Bebop Media

Spendenübergabe an den TSV Haubersbronn
© Landratsamt Rems-Murr-Kreis

weiten Pegelmessnetz. Dadurch sollen Informationen bei Starkregen oder im Fall eines Hochwassers möglichst frühzeitig bereitgestellt werden. Das Landratsamt hat daher im Rahmen eines landesweiten Pilotprojekts Ende 2022 ein Ingenieurbüro damit beauftragt, geeignete Pegelstandorte auch an kleineren Flüssen und Bächen zu ermitteln. In enger Abstimmung mit den Städten und Gemeinden im Rems-Murr-Kreis haben sich 80 neue Standorte ergeben. Zusammen mit 54 bereits bestehenden kommunalen Pegeln sollen diese insgesamt 134 Standorte nun mit einem digitalen Sender ausgestattet werden, so dass auch Nachbarkommunen und das Landratsamt jederzeit alle Pegelstände über das behördeninterne Flutinformations- und Warnsystems FLIWAS im Blick behalten können.

Das Pegelmessnetz bringt somit auch eine Modernisierung mit sich: Automatisierte Alarmierungen bei Überschreiten eines bestimmten Pegelstands sorgen dafür, dass die Rathäuser die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig warnen und dass auch die Feuerwehren sich früher wappnen können. In vielen Kommunen mussten bisher gelb-schwarze Lattenpegel vom Bauhof oder von Feuerwehrleuten abgelesen und die Pegelstände per Telefon oder Funk weitergegeben werden. Seit Ende August 2024 können nun alle am Projekt beteiligten Städte und Gemeinden Pegel an den ausgewählten Standorten beschaffen und damit das erste kreisweite Pegelmessnetz in ganz Baden-Württemberg errichten.

Integrierte Leitstelle

Das Landratsamt plant außerdem den Neubau einer Integrierten Leitstelle (ILS) mit DRK-Rettungswache und DRK-Kreisgeschäftsstelle in Waiblingen. Die Integrierten Leitstelle ist das Herzstück der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. Bei der Neukonzeption der ILS investieren der Landkreis (zu 45 Prozent) und die Krankenkassen (zu 55 Prozent) in modernste Technik und in eine Optimierung der Arbeitsbedingungen und Abläufe. Die ILS ist somit ein entscheidender Baustein für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Der Baubeginn für die neue ILS ist für Herbst 2024 geplant, die Fertigstellung voraussichtlich 2026.

Ausbau Sirenennetz

Ziel des Landkreises ist es unter anderem, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein möglichst breites Sirenennetz aufzubauen. Die Stabsstelle Brand- und Katastrophenschutz des Landratsamtes hat im Herbst 2021 für Sirenen-Standortempfehlungen ein flächendeckendes Schallgutachten für den Landkreis beauftragt. Hintergrund war auch eine entsprechende Förderung für den Aufbau von Sirenen von Bund. Die ersten Sirenen des neuen Sirenennetzes wurden im Sommer 2023 in Burgstetten aufgebaut und im Oktober 2023 in Murrhardt. Aktuell installiert eine Fachfirma reihum Sirenen und die notwendige Sirenensteuerungstechnik. Im kommenden Jahr wird es somit in 24 von 31 Kommunen im Landkreis Sirenen geben. Sie ergänzen das Warnsystem des Bundes.

Auch bei größeren Bränden oder beim Austritt von radioaktiver Strahlung unterstützt der Landkreis die Städte und Gemeinden. Der Landkreis hat deswegen einen neuen Gerätewagen Atemschutz und Strahlenschutz angeschafft, der die Feuerwehren im Kreis mit Atemschutzgeräten bei größeren Brand- und Gefahrguteinsätzen ausrüstet.

Nach dem Ernstfall ist vor dem Ernstfall

Sven Plöger, Meteorologe, ARD-Wettermoderator und Autor, hat bei einer Veranstaltung zum Klimawandel in Waiblingen Mitte September diesen wie folgt beschrieben: „Es ist, als hätten wir den Thermostat aufgedreht." So schnell könne sich die Erde nicht anpassen. Das bedeutet: Extremwetterereignisse wie etwa der Starkregen im Rems-Murr-Kreis im vergangenen Juni werden immer wahrscheinlicher. Dabei brachte Plöger die Themen Katastrophen- und Klimaschutz in Einklang und appellierte an die Politik, beide ernst zu nehmen und priorisiert weiter zu verfolgen. „Wir jedenfalls werden die jüngsten Ereignisse zum Anlass nehmen, um beide Bereiche weiter voranzutreiben und die Klimaschutzziele als Landkreisverwaltung bis 2030 zu realisieren", sagt Landrat Sigel.

Isabelle Kübler ist Pressesprecherin im Landratsamt Rems-Murr-Kreis

EIN BEISPIEL FÜR DEN LÜCKENSCHLUSS IM RISIKO- UND KRISENMANAGEMENTKREISLAUF

Resilienzzentrum Ostalbkreis – so kann es rund laufen

„Nichts ist wünschenswerter, als vor der Lage zu sein." – so hört man es immer wieder von Einrichtungen, die für die Bewältigung von Krisen und Notfälle zuständig sind. Doch was heißt das eigentlich genau?

Von Michael Rembold , Petra Weber · Ostalbkreis

Risiko- und Krisenmanagementzyklus © Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zeigt auf der eigenen Internetseite einen Risiko- und Krisenmanagementkreislauf, der den Ablauf und die Maßnahmen des ineinander verzahnten Risiko- und Krisenmanagements idealisiert darstellt. Dass nach einem Ereignis eine Nachbereitung der Bewältigung stattfinden sollte, um diese Erfahrungen in die Prävention einfließen zu lassen, die wiederum Erkenntnisse generiert, die in der Vorbereitung auf eine nächste Krise berücksichtigt werden sollen, wird häufig als notwendig betrachtet und bestätigt. Nur wie gut funktioniert dies im übervollen Alltagsgeschäft einer Landkreisverwaltung?

Der Ostalbkreis hat in den vergangenen Jahren viele Erfahrungen mit der Bewältigung der Corona-Pandemie, mit der zunehmenden Hitze und Extremwetterereignissen gesammelt. Landrat Dr. Joachim Bläse hatte es sich mit Beginn seiner Amtszeit im Jahr 2020 zum Ziel gemacht, die Resilienz im Ostalbkreis zu stärken, um aus den Erfahrungen der letzten Jahre den Bevölkerungsschutz zu stärken. Hierfür sollte eine Einrichtung geschaffen werden, die fachübergreifend die Prävention und Vorsorge auf der Agenda hat und somit eine wichtige Lücke im Risiko- und Krisenmanagementkreislauf schließt.

Das Resilienzzentrum Ostalbkreis wurde Ende 2023 als Novum in der Vorsorgelandschaft als Förderprojekt gestartet und hat das Ziel, den Ostalbkreis resilienter gegenüber Krisenereignisse zu machen. Es sieht neben der Einrichtung eines Risikodialoges in der Landkreisverwaltung und innerhalb des Landkreises auch die Vernetzung der Beteiligten im Vorsorgeprozess vor. Zusätzlich soll die Bevölkerung mit eingebunden und mit Hilfe von Bildungs- und Informationsangeboten in der Eigenvorsorge und Selbsthilfefähigkeit gestärkt werden.

Gefördert wird das Projekt als eine von zehn Regionen in Deutschland mit einer Fördersumme von knapp 700.000 Euro aus dem Bundesprogramm ländliche Entwicklung (BULE) des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Die Maßnahmen im Risiko- und Krisenmanagementkreislauf sind fester Bestandteil der Aufgaben im Resilienzzentrum. Doch ist man nun automatisch vor der Lage, wenn diese Aufgaben innerhalb einer Landkreisverwaltung wahrgenommen werden?

Ein gutes Beispiel hierfür hat sich in diesem Jahr gezeigt, als das Resilienzzentrum vom Bürgermeister der Gemeinde Waldstetten, Michael Rembold, gebeten wurde, unterstützend in einer Bürgerversammlung zum neu erstellten Katastrophenschutzplan mitzuwirken. Waldstetten ist in der Vergangenheit wiederholt durch Extremniederschläge von Überflutungen betroffen gewesen. Der neu erstellte Katastrophenschutzplan, vorgestellt durch den Feuerwehrkommandanten Ingo Brosch, sollte eine Grundlage für die Vorbereitung und Bewältigung eines möglichen neuen Ereignisses sein. In diesem Rahmen hat die Gemeinde Waldstetten mit Unterstützung des Resilienzzentrums den Bürgerinnen und Bürgern mit Informationsständen wertvolle Tipps zur Anlage einer Dokumentenmappe, zum Inhalt eines Notfallrucksacks gegeben und auch, wie ein geeigneter

Notvorrat aussieht. Zusätzlich konnte den Gästen in der Halle mit einem Vortrag technische, organisatorische und persönliche Maßnahmen zum Schutz vor Hochwasser und Starkregen vorgestellt werden.

Dass die Inhalte der Veranstaltung nur knapp vier Wochen später auf die Probe gestellt wurden und wie wichtig es ist, mit einer guten Vorbereitung und Kommunikation VOR der Lage zu sein, wird in dem Bericht von Bürgermeister Michael Rembold zur Schadensnacht eindrücklich beschrieben:

„In der Nacht vom 2. auf den 3. Juni 2024 wurde Waldstetten nach dem Jahr 2016 zum wiederholten Male von Hochwasser heimgesucht. Der Starkregen hielt seit Tagen vor der Hochwassernacht an. Durch intensive Vorbereitungen von Gemeinde, Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Gemeindebauhof und Wasserversorgung im Rahmen einer Katastrophenschutzplanung hatten alle Beteiligten zueinander Vertrauen aufgebaut. Dabei konnten Szenarien durchgespielt werden, wie koordiniertes und abgestimmtes Verhalten im Krisenfall untereinander zu erfolgen hat. Nachdem die Bäche in der Gemeinde immer mehr Wasser aufzunehmen hatten und wild abfließendes Wasser zunahm, kamen Bürgermeister, Feuerwehrkommandant und Bauhofleiter zu kleineren Gesprächsrunden im Vorfeld zusammen. Dort stimmte man sich regelmäßig über zu erfolgende Maßnahmen ab. Eine der Maßnahmen war, an neuralgischen Punkten des Waldstetter Baches diese Mittels Sandsäcken zu sichern. Betroffene Anwohner des Baches machten sich das Vorbild von Gemeinde und Feuerwehr zu eigen und begannen ebenfalls, Türen und Lichtschächte zu sichern. Das heißt, dass sich der neue Katastrophenschutzplan schon im Vorfeld des Hochwasserereignisses spürbar bewährt hatte. Dies auch deswegen, weil im Rahmen der Planung ein Bürgerbeteiligungsprozess in Form eine Bürgerversammlung vorausging. Diese fand in enger Kooperation mit dem neuen Resilienzzentrum des Ostalbkreises statt. Der Bürgerschaft wurden hierbei Maßnahmen zu ihrem Schutze aufgezeigt, welche gut und mit teilweise wenig Aufwand umzusetzen sind. Das kam sehr positiv in der Gemeinde an. Mehrere Bürgerinnen und Bürger bestätigten mir im Nachgang der Zusammenkunft, dass sie persönlich einen großen Mehrwert aus den zahlreichen praktischen Informationen gezogen hätten.

Auf dieser vertrauensbildenden Grundlage gestaltete sich der zuvor geplante Einsatz von Feuerwehr, Bauhof, DRK und Wasserversorgung reibungs- und problemlos. Jeder Einzelne wusste in der Hochwassernacht was zu tun war. Die kritischen und neuralgischen Punkte in der Gemeinde standen ganz oben auf der Prioritätenliste. Das gesamte Helfer-Team war so eingespielt, dass teilweise schon vor der jeweiligen Alarmierung Einsatzkräfte zur Verfügung standen. So packte das DRK mit an und nahm eine Gebäudeevakuierung vor. In der örtlichen Halle wurden die Betroffenen sehr liebevoll versorgt. Auch standen uns Landwirte zur Seite, die mit ihren Traktoren Schlamm auf Straßen und Hofzufahrten beseitigten. Positiv war genauso, dass Bürgerinnen und Bürger aus umliegenden Straßenzügen zusammenfanden. In der örtlichen Halle wurden die Betroffenen sehr liebevoll versorgt. Auch standen uns Landwirte zur Seite, die mit ihren Traktoren Schlamm auf Straßen und Hofzufahrten beseitigten. Positiv war genauso, dass Bürgerinnen und Bürger aus umliegenden Straßenzügen zusammenfanden. Sie packten ganz unkonventionell mit an und unterstützten ihre Nachbarschaft. In Erinnerung geblieben ist ein akuter medizinischer Notfall. Durch das zufällige schnelle Eintreffen von Feuerwehrleuten konnte dieser glücklicherweise schnell und unkompliziert gelöst werden. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigten sich nach dem Ereignis dankbar dafür, dass es in unserer Gemeinde ein so starkes und zuverlässiges Ehrenamt gibt. Neben den hauptamtlichen Kräften aus Bauhof und Wasserversorgung erfuhren ehrenamtliche Kräfte aus Feuerwehr und DRK viel Lob und Anerkennung. Vor diesem Hintergrund hat unser Bürgerbeteiligungsprozess gemeinsam mit dem Ostalbkreis bereits viele Früchte getragen. Bei einem anschließenden Dankessen wurde das erste Resümee gezogen. Und das war trotz Unwetterereignis positiv!

Als Bürgermeister einer Gemeinde mit 7.100 Einwohnern habe ich es als sehr angenehm und wohltuend empfunden, hauptamtliche Kräfte eines Resilienzzentrums an unserer Seite zu haben. Mit großer Professionalität wurde die Bürgerschaft auf verschiedene Krisenszenarien vorbereitet. Egal, ob es um eine angemessene Lebensmittelbevorratung, um wichtige Dokumente im Notfall oder um präventive Maßnahmen im Hochwasserfall ging, die Mitarbeiterinnen des Resilienzzentrums waren professionell vorbereitet. Dadurch fasste unsere Bürgerschaft schnell Vertrauen zu handelnden Personen und zu notwendigen Maßnahmen. Davon profitiert unsere Gemeinde ganz entscheidend. Von daher bin ich unserem Landrat und unserem Ostalbkreis sehr dankbar dafür, dass er unsere kreisangehörigen Gemeinden in der wichtigen Frage des vorbeugenden Bevölkerungsschutzes so vorbildlich unterstützt. Auch haben wir das Glück, ein gut ausgebildetes und professionelles Team im neuen Resilienzzentrum zu haben. „Nur gemeinsam sind wir stark!“

In diesem Fall hat sich deutlich gezeigt, dass die Investition in Prävention einen elementaren Beitrag in der Stärkung des Bevölkerungsschutzes darstellt. Vor der Lage sein heißt, sich außerhalb von akuten Krisenzeiten damit zu beschäftigen, bekannte Risiken zu behandeln, unbekannte zu analysieren, die vorhandenen Netzwerke zu nutzen, um sich gegenseitig zu unterstützen und die Kommunikation von Risiken auf vielen Ebenen zu stärken. Vor der Lage sein heißt auch, mehr Zeit für die Vorbereitung zu haben und durch die Risikokommunikation Vertrauen aufzubauen.

Durch das Extremwetter waren viele der 42 Städte und Gemeinden im Ostalbkreis gleichzeitig betroffen. Zum Zeitpunkt des Ereignisses in Waldstetten fand eine große Evakuierungsaktion entlang des Gewässers Lein statt, da ein Hochwasserrückhaltebecken drohte überzulaufen. Auch an vielen anderen Orten waren Einsatzkräfte dabei, Schäden zu beseitigen oder abzuwenden. Vollkommen unvorbereitet traf es die Gemeinden nicht, viele Maßnahmen wurden gut bewältigt, weil Überflutungen als ein relevantes Risiko bekannt sind und einige Tage vorab über Kreisbrandmeister Andreas Straub die örtlichen Feuerwehren über das herannahende Unwetter informiert wurden. Doch nicht immer bleibt genügend Zeit zur Vorbereitung, wenn es um plötzlich eintretende Krisen oder Extremereignisse geht.

Erleichtern würde den Landkreisen eine Unterstützung seitens des Landes, wie vergleichsweise in Hessen, wo eine Hessische Resilienzstrategie (als Konkretisierung der Deutschen Resilienzstrategie) die Steigerung der Resilienz und Krisenfestigkeit der Gesellschaft erzielen möchte, indem Grundlagen zur Orientierung für jegliches Verwaltungshandeln beschrieben werden. Gleichzeitig wird die Gewährleistung des Schutzes und der Versorgungssicherheit der Bevölkerung als Kernaufgabe des Staates beschrieben und die Resilienzstrategie in sämtlichen Ressorts der hessischen Landesregierung und Fachbereiche der Landesverwaltung angewendet. Die Kreise sowie Städte und Gemeinden müssen in ihren Gebieten ebenfalls Resilienzmaßnahmen sicherstellen. Ein Ansatz, der auch in Baden-Württemberg Schule machen könnte, um eine Durchgängigkeit der Steigerung der Resilienz vom Bund bis hin zu den kleinen Gemeinden zu erreichen.

Michael Rembold ist Bürgermeister der Gemeinde Waldstetten, Petra Weber ist Leiterin des Resilienzzentrums Ostalbkreis im Landratsamt Ostalbkreis

Wie sich der Neckar-Odenwald-Kreis auf überregionale Katastrophenlagen vorbereitet

Die unteren Katastrophenschutzbehörden haben die Pflichtaufgabe, ihren Zuständigkeitsbereich auf Katastrophen vorzubereiten. Der Neckar-Odenwald-Kreis setzt dabei derzeit auf große Übungen, auch außerhalb bisheriger Denkmuster.

Von Larissa Lang und Jan Egenberger · Neckar-Odenwald-Kreis

DRK-Einheiten üben einen motorisierten Kfz-Marsch © DRK KV Buchen

Übungen jenseits der Komfortzone

Der Katastrophenschutz in Baden-Württemberg findet auf mehreren Ebenen statt. Ein wesentlicher Aspekt bei der Bekämpfung von Katastrophen ist die Vorbereitung. Zu diesem Zweck setzt der Neckar-Odenwald-Kreis auf anspruchsvolle und möglichst realitätsnahe Katastrophenschutzübungen. „Wir möchten gezielt Szenarien üben, bei denen die Möglichkeit des Eintretens gering ist. Denn nur dann ist man in Zeiten von Großkrisen und des Klimawandels auch wirklich gut vorbereitet“, betont der Kreisbrandmeister des Neckar-Odenwald-Kreises, Jörg Kirschenlohr. So wurde zuletzt unter dem Übungstitel „Motorisierter Kfz-Marsch der Katastrophenschutz-Einheiten“ ein aufwändiges Hilfeersuchen eines anderen Landkreises abgebildet, das die Verlegung von Einheiten aus dem Neckar-Odenwald-Kreis notwendig macht. An der Übung, die in einen theoretischen und einen praktischen Part aufgeteilt war, haben vier Einheiten der Feuerwehren, des Deutschen Roten Kreuzes und des Wasserrettungszuges der DLRG teilgenommen. Am theoretischen Teil der Übung war außerdem das THW beteiligt. Nachdem die 100 Einsatzkräfte am Bereitstellungsraum eingetroffen waren, wurden sie vor Ort durch den Verbandsführer in die fiktive Lage eingewiesen. Die anschließende Kolonnenfahrt ging über die Autobahn 81 in Richtung Main-Tauber-Kreis bis ein geplanter technischer Halt durchgeführt wurde. Anschließend wurden die Einsatzkräfte, aufgeteilt in drei Marschgruppen, über die Bundesstraße 27 zurück in den Kreis verlegt. Das Ziel der Übung bestand nicht nur darin, die Kenntnisse rund um den motorisierten Marsch aufzufrischen, sondern auch die Zusammenarbeit verschiedener Einheiten des Katastrophenschutzdienstes im Neckar-Odenwald-Kreis zu stärken sowie deren Fähigkeiten zu schärfen. „Erst bei der Umsetzung der theoretischen Konzepte wird man in der Lage sein, Schwachstellen zu identifizieren, Optimierungen vorzunehmen und sich für den Ernstfall zu wappnen“, ordnet Jörg Kirschenlohr ein. Ebenso wurde im Vorfeld die Bevölkerung darüber informiert, wie beispielsweise mit Kolonnenfahrten umzugehen ist. „Wir versuchen, die Bevölkerung immer möglichst eng und über verschiedene Kanäle mitzunehmen, um sie auch so für den Fall des Falles vorzubereiten. Hier ist in den letzten Jahrzehnten viel Wissen verloren gegangen“, so Kirschenlohr weiter.

Was hilft, wenn die eigenen Kräfte schwinden

Ein bisher einzigartiges Übungsszenario wird im Herbst zudem Antworten auf die Frage geben, was hilft, wenn im Rahmen von Lagen weder benachbarte Landkreise noch Bundesländer aushelfen können. Denn unter dem Titel „Magnitude“ findet die erste europäische Katastrophenschutzübung in Deutschland und eben auch im Neckar-Odenwald-Kreis statt. Schauplatz ist unter anderem das Training Center Retten und Helfen (TCRH) in Mosbach. Thematisch wird sich die Großübung dort hauptsächlich mit einem Erdbebenszenario befassen. Geprobt werden soll das Anforderungsverfahren von Hilfskräften europäischer Mitgliedsstaaten sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Von der Anforderung bis hin zum Eintreffen der Einsatzkräfte und der letztendlichen Verlegung in das Einsatzgebiet sollen alle Mechanismen getestet werden. Getreu dem Motto „Nur gemeinsam sind wir stark“ zielt die Übung neben dem organisatorischen Part auch darauf ab, die Vernetzung unter den beteiligten Akteuren zu stärken und das vorhandene Fachwissen zu multiplizieren. „Um auch für das Undenkbare gewappnet zu sein, müssen wir anfangen, Katastrophenschutz über unsere Landesgrenzen hinaus zu denken und die Möglichkeit in Betracht ziehen, externe Hilfskräfte anzufordern“, sagt Kreisbrandmeister Kirschenlohr. Bisher sei man glücklicherweise noch nicht in der Situation, die Lagen nicht mehr alleine bewältigen zu können. „Doch die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass nichts mehr unmöglich ist. Um auf mögliche Katastrophen optimal vorbereitet zu sein, ist es unerlässlich, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Genau diese Abläufe sollen nun erprobt werden, um aus den Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen und im Realfall Reibungsverluste auf ein Minimum reduzieren zu können“, erklärt Kirschenlohr.

Was der Kreis alles auf Lager hat

Neben der Durchführung von Übungen ist aber auch die Ausstattung ein entscheidender Faktor. Der finanzielle Aspekt spielt dabei eine ausschlaggebende Rolle. Nicht selten sehen sich die verantwortlichen Personen dabei mit einem Dilemma konfrontiert: Während ihnen einerseits die zunehmend schlechten staatlichen Haushaltslagen bewusst sind, möchten sie auf der anderen Seite alle notwendigen Beschaffungen tätigen, um einer Lage effektiv begegnen zu können. Ausgaben für Gerätschaften, die im besten Fall nie benötigt werden, müssen gerechtfertigt werden. Gleichzeitig wird erwartet, dass entsprechende Technik vorgehalten wird. Ein Spagat, der nicht immer einfach ist.

Zu diesem Zweck wird im Neckar-Odenwald-Kreis ein zentrales Katastrophenschutzlager vorgehalten. In den vergangenen Jahren wurden gezielt Beschaffungen getätigt, um ein stabiles Gerüst an Ausstattung zusammenzustellen. In Anbetracht des aktuellen Tierseuchengeschehens steht derzeit besonders die bereits 2021 beschaffte Desinfektionsschleuse für Fahrzeuge und Geräte im Fokus. Diese dient vor allem als Vorkehrung gegen die Ausbreitung von Tierseuchen wie der Afrikanischen Schweinepest, kann jedoch auch für andere Desinfektionszwecke eingesetzt werden. Für den Gebrauch stehen Mitglieder von kreisangehörigen Feuerwehren zur Verfügung, die die Funktionen der Schleuse erprobt haben. Sie werden als Multiplikatoren eingesetzt, um die Schleuse im Falle eines Ausbruchs einsatzbereit zu übergeben und die Benutzer einzuweisen.

Ein dauerhaftes Thema im Kontext des Katastrophenschutzes ist die Notstromversorgung. Eine stabile Energieversorgung ist unabdingbar, um im Einsatzfall die Handlungsfähigkeit der Einheiten und den Einsatz von Einsatzmitteln jederzeit gewährleisten zu können. Sollte die übergeordnete Stromversorgung unterbrochen werden, hält der Neckar-Odenwald-Kreis zwei mobile Stromerzeuger als Rückfallebene vor. Aktuell ist zudem die Beschaffung von drei Rollwägen mit jeweils unterschiedlicher Beladung vorgesehen. Diese umfasst eine Hygienekomponente, ein Rollcontainer Sitzgelegenheit und eine Verpflegungseinheit. Die Container werden zentral gelagert und können bei Bedarf eingesetzt werden. Auch die beste Planung erweist sich als wirkungslos, wenn die notwendige Infrastruktur nicht verfügbar ist. Um in Notsituationen den Kontakt zur Außenwelt nicht zu verlieren, verfügt der Neckar-Odenwald-Kreis seit geraumer Zeit über ein Satellitentelefon. Im Falle des Ausfalls bodengebundener Netze stellt es somit die Erhaltung der Kommunikationsfähigkeit sicher.

Die Frage nach den Handelnden

Im Grunde klingt so Katastrophenschutz ganz einfach – quasi nach Rezept, so könnte man meinen, lässt es sich auf den Katastrophenfall vorbereiten. Doch nicht zuletzt bleibt die Frage nach dem Personal. Wer soll diese Vorarbeit leisten und wer möchte Verantwortung übernehmen? Sowohl das dünn gesäte Fachpersonal in der Verwaltung wie auch der erhebliche Aufwand, Pläne und Konzepte aktuell zu halten und hinzu auch noch außergewöhnliche Übungen auszuarbeiten und durchzuführen, fordern die handelnden Akteure im Kreis immer wieder heraus. Nicht wegzudenken sind deshalb die ehrenamtlichen Hilfskräfte, die als tragende Säule für den Katastrophenschutz fungieren. „Einen Blick in die Glaskugel werfen können wir leider nicht“, so Kirschenlohr, „bedingt durch die Unvorhersehbarkeit der Ereignisse muss man wohl akzeptieren, dass dem Bedürfnis nach absoluter Sicherheit nicht vollständig abgeholfen werden kann. Wir im Neckar-Odenwald-Kreis versuchen uns bestmöglich auf alle Krisen vorzubereiten. Alles auf einmal geht aber nicht, denn Katastrophenschutz ist komplex und muss ständig den Anforderungen anpasst werden.“ Darin liege die Herausforderung, die man tagtäglich gern annehme.

Informationen zu der europäischen Katastrophenschutzübung „Magnitude“ sind abrufbar unter www.magnitude2024.com.

Larissa Lang ist in der Stabsstelle Feuerwehr und Bevölkerungsschutz im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis tätig, Jan Egenberger ist Pressesprecher und Leiter der Stabsstelle Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

Wie Südbaden und die Schweiz erfolgreich beim Bevölkerungsschutz zusammenarbeiten

Wie sich aus einer gemeinsamen Übung ein intensiver Austausch und Prozesse zur Krisenbewältigung zwischen Kantonen und Landkreis etabliert haben.

Von Dominik Rotzinger · Landkreis Waldshut und Daniela Bernhard · Schwarzwald-Baar-Kreis

AIOLOS: Die grenzüberschreitende Übung, mit der alles begann

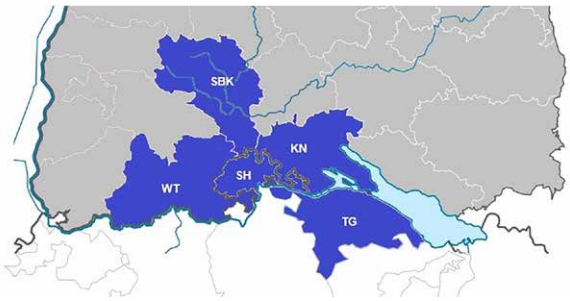
Die Landkreise Konstanz und Schwarzwald-Baar-Kreis, die Koordinierungs- und Kommunikationsgruppe (KoKo) des RP Freiburg, der Deutsche Zoll, die Kantone Schaffhausen und Thurgau sowie das Grenzwachtkorps (heute: Zoll Nordost) führten 2017 unter der Leitung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz eine gemeinsame Stabsrahmenübung „AIOLOS“ durch. Mit der Übung sollten die Führungsorganisationen eine Gelegenheit erhalten, die Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen Stellen über sämtliche politischen, institutionellen und organisatorischen Grenzen hinweg zu trainieren, zu festigen und zu überprüfen. Das Szenario setzte sich aus einem Grundszenario Orkan und einem Ergänzungsszenario hochansteckende Tierseuche zusammen.

Das Ergänzungsszenario wurde ausschließlich auf Schweizer Seite bearbeitet. Aus dieser Übung heraus etablierte sich die Arbeitsgruppe AIOLOS – Aiolos ist der von Zeus als Herrscher über die verschiedenen Winde eingesetzte Günstling der Götter – mit Vertretern der Landratsämter Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und Waldshut, den Kantonalen Führungsorganisationen Schaffhausen und Thurgau sowie dem Hauptzollamt Singen (D-Zoll) und dem Zoll Nordost (CH-Zoll).

Mittlerweile trifft sich die Arbeitsgruppe jährlich zu einem Austausch über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen sowie weiteren Themen, die den Bevölkerungsschutz betreffen.

Teilnehmer der Arbeitsgruppe AIOLOS

Deutschland
Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und Waldshut: Verwaltungsstab, Untere Katastrophenschutzbehörde; D-Zoll: Hauptzollamt Singen
Schweiz
Thurgau: Kantonaler Führungsstab (KFS), Amt für Bevölkerungsschutz und Armee; Schaffhausen: Kantonale Führungsorganisation (KFO), Amt für Bevölkerungsschutz und Armee; CH-Zoll: Zoll Nordost



Drei Landkreise aus Deutschland, zwei Kantone aus der Schweiz und die beiden Zoll-Behörden treffen sich seit 2017 regelmäßig, um die Zusammenarbeit zu planen und aktuelle Themen auszutauschen. © Landratsamt Waldshut

Kommunikationsprozess hat sich bereits bewährt

Bei dem jährlichen Treffen ist es am Ende aber nicht geblieben. Seit dem Jahr 2021 wurde zwischen allen Beteiligten ein Kommunikationsprozess ins Leben gerufen. Dieser hat sich vor allem in der Corona-Pandemie und der Energiemangellage bewährt.

Mit dem Prozess sollen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen grenzüberschreitend relevante oder benötigte Informationen, Kommunikation, Maßnahmen und Ressourcen koordiniert werden.

ZIEL IST ES, DASS DIE MITGLIEDER MIT DEM KOORDINATIONSPROZESS:

- über ein gemeinsames Lagebild verfügen, dort wo gemeinsam gehandelt wird (informieren);
- operative und strategische Maßnahmen in der Ereignisbewältigung absprechen (koordinieren);
- die Bevölkerung inhaltlich und zeitlich koordiniert informieren (koordinieren);
- die notwendigen und freien Ressourcen einander zur Verfügung stellen (helfen).

Der Prozess in der praktischen Umsetzung

Bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen mit potenziell grenzüberschreitenden Auswirkungen informiert das betroffene Mitglied über eine festgelegte Kommunikationskette die anderen Mitglieder und beantragt gegebenenfalls die Aktivierung des Koordinationsprozesses. Das betroffene Mitglied kann ein anderes Mitglied um die Aktivierung des Koordinationsprozesses ersuchen.

Mit diesem Prozess wird die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der beteiligten Stellen enorm gestärkt.

Dominik Rotzinger ist Leiter der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz und Kreisbrandmeister des Landkreises Waldshut , Daniela Bernhard ist Sachbearbeiterin Katastrophenschutz im Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis

Landkreis Böblingen rüstet sich für künftige Herausforderungen

Risiko- und Schwachstellenanalyse, kreisweites Sirenennetz mit Sprachdurchsage und innovativer Einsatzleitwagen 2 stellen Meilensteine in der kreisweiten Sicherheitsvorsorge dar. Veterinärzug wird eine neue Heimat gegeben.

Von Guido Plischek, Lucas Lang und Sebastian Leib · Landkreis Böblingen

In den vergangenen Jahren wurde deutlich, wie unerwartet, heftig und bestürzend Krisenereignisse unser Leben von einem auf den anderen Moment auf den Kopf stellen können. Der Landkreis Böblingen geht neue Wege, um seinen Bevölkerungsschutz schlagkräftig und zukunftsorientiert dagegen zu setzen.

Durch das Abflauen des Kalten Kriegs und viele Jahre mit nur wenigen größeren Schadensereignissen geriet der Bevölkerungsschutz vielerorts aus dem Blick. Spätestens die dicht aufeinander folgenden Ereignisse Corona-Pandemie, Überflutungen im Ahrtal, Ukrainekrieg mit drohender Energiemangellage sowie die jüngsten Starkregenereignisse in Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg zeigten auf, welche zentrale Rolle der Bevölkerungsschutz für unsere heutige, an vielen Stellen vulnerable Gesellschaft spielt.

Der Landkreis Böblingen analysiert Risiken und Schwachstellen, um den Bevölkerungsschutz neu auszurichten

Bereits 2019 – also knapp vor den großen Krisen – hat sich der Böblinger Kreistag für eine grundlegende Untersuchung und Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes ausgesprochen. Anhand einer kreisweiten Risiko- und Schwachstellenanalyse wird gemeinsam mit der beauftragten antwortING Beratende Ingenieure PartGmbB aus Köln ermittelt, welche Schadensszenarien für den Landkreis Böblingen die weitreichendsten Folgen hätten und was der Bevölkerungsschutz dem aktuell entgegensetzen kann. Aus den Ergebnissen dieses Soll-Ist-Vergleichs werden grundlegende Erkenntnisse für die zukünftige Ausrichtung und die Bedarfe im Bevölkerungsschutz gewonnen. Der Begriff Bevölkerungsschutz wird an dieser Stelle sehr weit gedacht: Nicht nur die klassische „Blaulichtfamilie“, sondern mit ihr auch die Verwaltungen sowie die Betreiber Kritischer Infrastrukturen werden in den Blick genommen. Dies spiegelte sich auch in den mehr als einhundert Gefährdungen wider, die auf ihre individuelle Eintrittswahrscheinlichkeit und das prognostizierte Schadensausmaß im Landkreis Böblingen hin untersucht wurden. Aus diesen wurden für die detailliertere Untersuchung sechs Schadensszenarien aus den verbreiteten Kategorien gesellschaftliche, technische und Naturgefahren ausgewählt:

FÜR DIE RISIKO- UND SCHWACHSTELLENANALYSE AUSGEWÄHLTE SZENARIEN

- Langanhaltende Hitzewelle (Kategorie: Naturgefahren)
- Ausfall der Stromversorgung (Kategorie: Technik)
- Ausfall der Wasserversorgung (Kategorie: Technik)
- Desinformation & Propaganda / Medienlage (Kategorie: Gesellschaft)
- Epidemie / Pandemie (Kategorie: Gesellschaft)
- Cyberangriff auf kommunales IT-Netzwerk (Kategorien: Technik und Gesellschaft)

Ausgehend von diesen Szenarien wird untersucht, wie gut der Landkreis auf die Schadensszenarien vorbereitet ist und welche weiteren Schritte notwendig sind, um die Resilienz zu erhöhen. Die Untersuchung basiert auf der Methodik „Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Der Clou an der Methodik: Die Auswahl der Szenarien ist weit gefächert, sodass sich aus der Schnittmenge der jeweils abgeleiteten Maßnahmen die wichtigsten Optimierungspotenziale ergeben.

Keine Zeit verlieren – bekannte Optimierungen werden bereits parallel zur Analyse umgesetzt

Im Landkreis Böblingen geht man aber noch einen Schritt weiter: Parallel zur eigentlichen Analyse werden bereits bekannte Problemstellungen angegangen. So werden zeitgleich zur laufenden Analyse bereits die ersten Optimierungsmaßnahmen umgesetzt. Gemeinsam mit der hierfür beauftragten KomRe AG aus Berlin wird je Stadt oder Gemeinde ein eigener, auf die örtliche Situation zugeschnittener Notfallplan erarbeitet. Basierend auf einer zentralen Datenerhebung werden in gemeinsamen Terminen mit Vertretern der Stadt oder Gemeinde, dem Landkreis sowie der KomRe AG die zentralen Themen und Inhalte der jeweiligen Notfallplanungen erarbeitet. Ziel ist ein Rahmenwerk von zugleich kommunal zugeschnittenen, wie auch strukturell und inhaltlich einheitlichen Notfallplanungen für den gesamten Landkreis, sodass auch bei interkommunaler Unterstützung in der Krise oder beim Zuständigkeitsübergang an den Landkreis im Katastrophenfall ein einheitliches Vorgehen und Planwerk gewährleistet ist.

Darüber hinaus wurden die Themenstellungen Krisenkommunikation, Logistik einsatzkritischer Ressourcen (insbesondere Kraftstoff) und Notfalltreffpunkte als zentrale Felder erkannt, in denen zum einen Unterstützungsbedarf besteht, zum anderen ein kommunenübergreifend einheitliches Vorgehen für den Erfolg relevant ist. Diese Themenstellungen werden bezogen auf die örtlichen Gegebenheiten konzeptionell für den Landkreis Böblingen ausgearbeitet.

Die Risiko- und Schwachstellenanalyse wird im kommenden Jahr abgeschlossen. Als großer Zugewinn zeigt sich bereits heute die Etablierung eines politischen Steuerungskreises sowie eines fachlichen Arbeitskreises Bevölkerungsschutz. Beide Gremien sind mit Vertretern der Städte und Gemeinden sowie des Landkreises besetzt. Durch die hohe Fachkompetenz sowie die umfangreichen Erfahrungen aus der täglichen Arbeit geben sie den Rahmen, um die zentralen Entscheidungen im Projekt zu treffen sowie einen ebenenübergreifenden Austausch zu Themen des Bevölkerungsschutzes zu etablieren. Damit wird der maximale Nutzen aus dem Projekt gezogen und zugleich eine Arbeitsebene geschaffen, in der die aktuellen Themen des Bevölkerungsschutzes gemeinsam angegangen werden können.

Kreisweites Sirenennetz mit der optionalen Möglichkeit für Sprachdurchsagen als zentrales Instrument für die Bevölkerungswarnung

Als weiterer zentraler Baustein für einen zeitgemäßen Bevölkerungsschutz identifizierte die Kreisverwaltung die Bevölkerungswarnung und -information. Cell-Broadcasting, Radio- und Fernsehdurchsagen sowie die Warnapps für mobile Endgeräte sind aktuell die gängigen Kanäle, um die Bevölkerung vor Gefahren zur warnen. Doch im Fall eines Strom- oder Mobilfunkausfalls oder bei Nacht sind diese Warnsysteme nicht funktionsfähig und/oder die betroffenen Menschen können weder über die Gefahr noch über notwendige Maßnahmen informiert werden. Im Landkreis Böblingen werden daher künftig wieder Sirenen installiert, um die Bevölkerung unabhängig von anderen Medien schnell und zuverlässig zu warnen. Dabei handelt es sich nicht um ein traditionelles Sirenensystem: Die Sirenen sind redundant alarmierbar, über Wochen notstromversorgt und optional – je nach Votum der Gemeinderäte – mit der Möglichkeit für Sprachdurchsagen ausgestattet.

Der Hauptunterschied zwischen einem Netz ohne und mit Sprachdurchsage besteht dabei in der Dichte der Sirenen: Der reine Warnton ist deutlich weiter hörbar als die über die Sirene ausgegebene Sprache; deshalb wird für die Sprachdurchsage ein engmaschigeres Netz an Sirenen benötigt. Die Technik bleibt im Großen und Ganzen dieselbe. Durch die höhere Anzahl an Sirenen steigen aber die Kosten – je nach örtlicher Topographie und Bebauung. Im Landkreis Böblingen haben sich zwei Drittel der Kommunen für ein Sirenennetz mit Sprachdurchsage ausgesprochen; die übrigen sehen aus Kostengründen ein Netz ohne Sprachdurchsage vor. Nur eine Gemeinde beteiligt sich aktuell nicht am kreisweiten Projekt.

Durch das kreisweit einheitliche Vorgehen werden bessere Preiskonditionen durch die hohe Stückzahl erwartet. Weit wichtiger wiegt aber der Umstand, dass eine einheitliche Öffentlichkeitsarbeit möglich wird und die Bevölkerung wieder zentral und einheitlich über Sirenensignale und daraus notwendige Handlungskonsequenzen informiert wird. Die Rahmenkriterien wurden und werden auch hier von den ebenenübergreifenden Gremien Steuerungs- und Arbeitskreis Bevölkerungsschutz (s. o.) erarbeitet. Die Kosten werden geteilt: Während der Landkreis die Planungskosten trägt und einheitliche Technik, Vergabe und Alarmierungsvoraussetzungen verantwortet, werden die eigentlichen Sirenen durch die Gemeinden finanziert. Das gemeinsame Vorgehen trägt sowohl der Katastrophenvorsorge als auch der Daseinsvorsorge der Bevölkerung Rechnung.

Operativer Bevölkerungsschutz: Neuer Einsatzleitwagen 2

Neben den verwaltungslastigen Themen Risiko- und Schwachstellenanalyse und Sirenennetz bedient der Landkreis Böblingen aber auch die einsatzoperativen Themen unserer Zeit: Mit der Beschaffung eines neuen Einsatzleitwagen 2 (ELW2) werden neue Wege für die örtliche bzw. technische Einsatzleitung gegangen. Das neue Fahrzeug kombiniert die nach DIN vorgesehene und verbreitete kommunikationstechnische Ausstattung und Räumlichkeiten für eine Führungsgruppe oder einen -stab mit den Potenzialen einer Integrierten Leitstelle (ILS). Zugleich wird mit dem Fahrzeug eine Redundanz für die Räumlichkeiten der ILS geschaffen, sodass im Falle des Ausfalls des Gebäudes die Notrufannahme sowie die Alarmierung und Disposition der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr aus dem ELW2 ausgeführt werden können.

Die Beschaffung des neuen ELW2 war ein bedeutender Schritt in der Weiterentwicklung der Sicherheitsinfrastruktur im Landkreis Böblingen. Das Fahrzeug steigert nicht nur die Effizienz großer Einsätze, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen und Behörden. Die Investition in dieses Fahrzeug ist ein Zeichen unseres Engagements für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unseren Landkreis-Gemeinden und darüber hinaus, denn das Fahrzeug kann auch andernorts eingesetzt werden. Der ELW2 ist das wichtigste Fahrzeug für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz im Landkreis Böblingen und setzt einen Meilenstein in puncto Technik und Ausstattung.

Das Gesamtkonzept für das Fahrzeug ist durchdacht und technisch wohl überlegt. Es ist kein Fahrzeug „von der Stange“. Vielmehr ging der Bauphase eine lange und intensive Planungsphase voraus. Es ist als Ergebnis der Zusammenarbeit der gesamten Stabsstelle zu sehen: Das Innenleben des Sattelaufliegers ist in drei Räume aufgeteilt: Den Sichterraum, der zugleich den Eingangsbereich bildet. Den Besprechungsraum, der mit einem Besprechungstisch Platz für einen Führungsstab bietet. Und nicht zuletzt den Funkraum, worin separat schall- und wärmegedämmt die Netzwerk- und Funktechnik untergebracht ist.

Alle Räume sind mit Türen getrennt, sodass die notwendige Ruhe für jeden Arbeitsbereich gewahrt werden kann. Eine angenehme Arbeitsumgebung wird durch die Ausstattung ermöglicht. So verfügen die Raumdecken über Schallschutzelemente und jeder Arbeitsplatz ist gut beleuchtet. Selbstverständlich sind alle Räume auch mit Klimageräten ausgestattet bzw verfügen über Heizkörper, um bei sehr kalten Außentemperaturen die Räume schnell warm zu bekommen. Tageslicht und Frischluft kommen primär über die in jedem Raum befindlichen Fenster ins Fahrzeug.

Das Fahrzeug ist mit modernster Kommunikationstechnik ausgestattet. Dazu zählen neben dem Digitalfunk (TETRA BOS) vor allem zwei Satellitenkommunikationssysteme und die Anbindung an alle drei großen Mobilfunknetze. Damit die Leitstelle direkt aus dem Fahrzeug arbeiten kann, ist neben einem Serverabbild der Leitstelle auch eine Alarmierungseinheit für das POCSAG-Netz verbaut. Technisch ist trotz der begrenzten Platzverhältnisse, die ein Fahrzeug mit sich bringt, alles redundant aufgebaut, sodass die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls auf ein absolutes Minimum reduziert wird. Außerdem ist in der Zugmaschine des Sattelzugs ein Stromgenerator verbaut, der das Fahrzeug autark mit Strom versorgen kann. Alternativ kann auf andere Stromquellen zurückgegriffen werden.

Besetzt und bedient wird das Fahrzeug von verschiedenen Personengruppen. Zugeführt wird es von der kreisangehörigen Feuerwehr Magstadt. Für den technischen Betrieb und den Sichterplatz zeichnet die Regieeinheit, das sogenannte „ELW2-Team“ des Landkreises, verantwortlich. Dieses setzt sich aus Mitarbeitenden aller Bereiche des Landratsamtes unter der Federführung der Stabstelle Bevölkerungsschutz und Feuerwehrwesen zusammen. Es arbeiten immer auch Leitstellen-Disponenten im Fahrzeug. Hierdurch werden im Falle von Großschadenslagen die Möglichkeiten der verschiedenen Stellen gebündelt, sodass beispielsweise alle den Einsatz direkt betreffenden Themen von der Einsatzstelle abgearbeitet werden können, während die reguläre ILS die weiterhin bestehende „Grundlast“ an Notrufen und Einsätzen bedient.

Der Führungsstab wird aus speziell für die Stabsarbeit ausgebildeten Angehörigen der Feuerwehren, des Rettungsdienstes, der Sanitäts- und Betreuungsdienste, der DLRG sowie des THW besetzt. Die Leitstellenfunktionen werden, wie oben beschrieben, von regulären ILS-Disponenten besetzt.

Operativer Bevölkerungsschutz: Neugründung Regieeinheit Veterinärzug

Bei allem Fortschritt gilt es auch, die bestehenden und bewährten Kapazitäten der Gefahrenabwehr zu erhalten. Im Bereich der Tierseuchen wie „Vogelgrippe“/„Geflügelpest“, BSE „Rinderwahn“, Maul-und-Klauenseuche sowie in unseren Bereichen aktueller denn je der Afrikanischen Schweinepest (ASP) gilt dies auch für seltene Katastrophenschutzeinheiten wie Veterinärzüge.

WAS SIND VETERINÄRZÜGE?

Veterinärzüge sind für die Bekämpfung von Tierseuchen konzeptioniert. Sie sind amtstierärztliche Katastrophenschutzeinheiten, die als sogenannte „Regieeinheiten“ direkt an den Landkreisen angegliedert sind. Aktuell gibt es bundesweit vier Veterinärzüge, davon drei in Baden-Württemberg.

Als der Veterinärzug Schwäbisch Hall vor wenigen Jahren vor der Auflösung stand, konnte für ihn im Landkreis Böblingen 2023 eine neue Heimat gefunden werden. Im Schulterschluss zwischen Veterinär- und Katastrophenschutzbehörde war man sich einig, dass eine solche Einheit nicht untergehen darf und man sich am Neuaufbau eines Personalstamms versuchen will. Dieser Versuch ist gelungen: In wenigen Monaten hat sich ein sehr aktiver und motivierter Mitgliederstamm gebildet, der stetig wächst. Alle Mitglieder des Veterinärzugs bringen Erfahrung sowohl aus dem Blaulichtbereich als auch im Umgang mit Tieren mit, sodass bereits heute eine schlagkräftige Mannschaft für die Einsatzfelder zur Verfügung steht. Auch die technische Ausstattung wird zum Ende des Jahres ein Niveau erreicht haben, das die eigenständige Abarbeitung vielerlei Einsatzlagen ermöglicht. Die ersten Einsätze konnten bereits erfolgreich abgearbeitet werden.

AUFGABEN DER VETERINÄRZÜGE:

- Durchführung von Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen nach Bestandsräumungen
- Bergung von Tierkörpern (z. B. ASP bei Wildschweinen, AI bei Wildvögeln, Tollwutmonitoring)
- Unterstützung der Veterinärverwaltung (z. B. Tiere untersuchen, impfen und kennzeichnen sowie einfangen, zutreiben, selektieren und fixieren)
- Töten von Tieren (z. B. Mithilfe bei Dienstleister, Tötung von Kleinbeständen)
- Materialtransport
- Einsatz im Logistikzentrum (z. B. Probenvor- und -nachbereitung, Materialverwaltung und -ausgabe)

und vieles mehr

Organisatorisch sind die Veterinärzüge der Task Force Tierseuchenbekämpfung am Regierungspräsidium Tübingen zugeordnet. Über diese können sie bei Bedarf angefordert werden.

Sollten Sie Rückfragen oder Interesse an einem kreisübergreifenden Austausch hierzu haben, freuen wir uns über Ihre Nachricht an bevoelkerungsschutz@lrabb.de.

Guido Plischek ist Kreisbrandmeister und leitet die Stabsstelle Bevölkerungsschutz und Feuerwehrwesen im Landratsamt Böblingen, Lucas Lang ist Sachbearbeiter Feuerwehrwesen in der Stabsstelle Bevölkerungsschutz und Feuerwehrwesen im Landratsamt Böblingen, Sebastian Leib ist Sachgebietsleiter Bevölkerungsschutz in der Stabsstelle Bevölkerungsschutz und Feuerwehrwesen im Landratsamt Böblingen

Verabschiedung von Vizepräsident Landrat Heinz Eininger

„Landrat mit Herzblut und mit ungeheurem Engagement!“

Anlässlich der feierlichen Verabschiedung des Vizepräsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg und langjährigen Landrat des Landkreises Esslingen, Heinz Eininger, hielt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter, das folgende Grußwort und verlieh dem Vizepräsidenten Landrat Heinz Eininger die silberne Verdienstmedaille des Landkreistags Baden-Württemberg.

Von Joachim Walter · Landkreistag Baden-Württemberg

© Fotografie Ebinger

Wie wird man eigentlich Landrat? Das beantwortet 2015 Heinz Eininger an der Jakob-Friedrich-Schöllkopf-Schule zwei Schülern die ihn dort interviewen. „Das kann man überhaupt nicht planen. Man braucht eine gute Ausbildung. Vorher Bürgermeister gewesen zu sein schadet nicht. Man braucht ein Interesse für Zusammenhänge zwischen Politik und Verwaltung“ lässt er uns wissen. Nach der Frage nach seinen Aufgaben und einer entsprechend umfangreichen Aufzählung wollen die beiden Schüler wissen, ob man als Landrat bei so vielen Aufgaben noch Freizeit hat. Prompt kommt folgende Antwort: „Man muss den Tag mit 24 Stunden ausnutzen und wenn das nicht reicht, dann nimmt man halt noch die Nacht dazu!“ Ob letztere Aussage bei den beiden jungen Leuten den unstillbaren Traum geweckt hat einmal Landrätin oder Landrat zu werden wissen wir nicht.

Lieber Heinz, du gestattest, dass ich heute beim vertrauten Du bleibe. In wenigen Tagen musst du die Frage beantworten: „Wie wird man Pensionär?“ Auch ein Zustand der 24 Stunden am Tag andauert; die Nacht braucht man aber eher selten noch dazu! Das hoffe ich zumindest für Dich! Und ganz so einfach ist eine solche Frage gar nicht zu beantworten, wenn man 24 Jahre lang Landrat des Landkreises Esslingen war. Landrat mit Herzblut und mit ungeheurem Engagement! Wir sind also alle auf deine Antwort gespannt.

Seit 2000 bist du Landrat des Landkreises Esslingen gewesen, den du immer als „Einwohnerriesen und Flächenzwerg“ bezeichnet hast.

Neben deinen großen Verdiensten um den Landkreis Esslingen, die ja von meinen Vorrednern schon ausführlich gewürdigt worden, bist du auch in unserem Landkreistag Baden-Württemberg ein hochengagiertes Mitglied bis heute gewesen. Bereits 2005 kamst du ins Präsidium des Landkreistages Baden-Württemberg und bist gleichzeitig auch Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Kultur geworden. 2013 dann bist du Vizepräsident geworden und kurz darauf ein Jahr später auch Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Landkreistages.

Von 2014 bis 2022 waren wir beide für den Landkreistag Baden-Württemberg Vertreter im Präsidium des Deutschen Landkreistages. Daneben warst du über viele Jahre Vorsitzender des Landrätesprengels Stuttgart, Mitglied in Ausschüssen, Stiftungsräten, unter anderem auch in der Denkmalstiftung und im Ausschuss für Eingliederungshilfe und Integration des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg. Auch im Verbandsvorstand des Sparkassenverbandes durften wir dich als wortgewaltiges Mitglied erleben.

Was in dieser Aufzählung aber fehlt sind zwei Themen, die dir immer Herzensangelgenheiten waren: Finanzen und Krankenhäuser. Bei letzterem warst du der Klassenprimus. Kaum irgendwo ist es gelungen Krankenhäuser so wirtschaftlich und effizient zu führen, wie im Landkreis Esslingen. Darauf warst du und darfst auch zurecht weiterhin stolz sein. Das darf allerdings nicht zum Trugschluss führen, dass dies die Regel sei. Nein: Es ist die absolute Ausnahme. Egal ob Landkreise in Baden-Württemberg ihre Krankenhauslandschaft bereits geordnet, das heißt Krankenhäuser geschlossen haben, oder ob es noch nicht vollständig gelungen ist: Die Defizite sind enorm und von den Kreishaushalten nicht mehr schulterbar. Und gerade deshalb sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, haben wir den dringenden Appell an die Landesregierung und die beiden Regierungsfraktionen gerichtet mit einem Sofortprogramm im Jahr 2024 Krankenhäuser im Land vor der Insolvenz zu bewahren und damit auch eine wie wir meinen so existenziell wichtige Daseinsvorsorge wie die Krankenversorgung im Lande aufrecht zu erhalten.

© Fotografie Ebinger

Und das Zweite, dass waren die Finanzen! Viele der Pflichtaufgaben, die uns Landkreisen von Bund oder Land auferlegt werden, sind nicht ausfinanziert.

Oft wurde von der Politik auch kaum über die Ausführung der Aufgaben dabei nachgedacht. Immer mehr und immer häufiger musste aus kommunalem Geld nachgeschossen werden um die Aufgabenerledigung zu bewerkstelligen. Bei solchen Diskussionen hast du Heinz immer eingefordert, dass wir als Landkreise uns nicht finanziell ausbluten lassen dürfen.

Da wurde Heinz Eininger auch mal laut und es wurde emotional. Zurecht lieber Heinz. Die Situation ist in all den Jahren nicht besser, sondern immer schlechter geworden und so stehen wir Landkreise nun vor einem Absturz unserer Haushalte wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben. Ständig neue Pflichtaufgaben. Keine ausreichende Finanzierung. Das ist schlicht und ergreifend die Ursache für diesen schwierigen Zustand. Da wird uns deine mahnende Stimme in der Zukunft fehlen. Du warst immer ein umsichtiger und vorrausschauender Verbandspolitiker.

Die erst jüngst erfolgte Nachbesetzung des Amtes des Präsidenten des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg, aber die auch erst am letzten Dienstag erfolgte Wahl von Achim Brötel zum Präsidenten des Deutschen Landkreistages sind mit dein Verdienst. Nicht unwesentlich hast du beides mit beeinflusst. Selbstlos und uneigennützig hast du dich gezeigt, wenn es um Verbandinteressen ging. Und auch dafür möchte ich dir heute an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Und das darf ich auch im Namen von Achim Brötel sagen, der heute auch hier ist und mich gebeten hat auch für ihn zu sprechen.

Danken möchte ich auch für unsere Freundschaft, die über die Jahre zwischen uns beiden gewachsen ist. Du warst immer ein Mitglied im Verein der Freunde der deutlichen Aussprache und diese Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit hat dir zwar manchen Konflikt eingebracht, aber du hast damit auch vieles bewegt. Man konnte sich auf Dich verlassen, wenn man dich von etwas überzeugt hatte! Wir, deine Landratskolleginnen und -kollegen, werden nun auch eine Frage beantworten müssen: Wie schließen wir die große Lücke, die durch den Ruhestand unseres Vizepräsidenten Heinz Einiger entsteht?

Lieber Heinz, wir werden dich im Landkreistag Baden-Württemberg vermissen. Und wir sind dir zum Dank und Anerkennung verpflichtet. Und dieser Dank und diese Anerkennung, die wollen wir damit zum Ausdruck bringen, dass ich dir heute die silberne Verdienstmedaille des Landkreistages Baden-Württemberg überreichen darf. Ich darf dich nun zu mir bitten und will die Urkunde verlesen.

Lieber Heinz, ich darf dir nun mit Jean-Jacques Rousseau zurufen: „Wenn du lange gearbeitet hast, um etwas zu erreichen, dann nimm dir auch die Zeit, das Erreichte zu genießen“! Nun wünsche ich dir noch einen langen und gesunden Ruhestand und Zeit für alles was bisher hinten anstehen musste. Bleib uns verbunden!

Liebe Andrea, auch dir möchte ich ganz herzlich danken! Denn du hast auch einen großen Anteil an den Verdiensten, die sich Heinz um den Landkreis Esslingen und den Landkreistag Baden-Württemberg erworben hat.

Als erfahrene Verwaltungsfachfrau und immer nah an der Politik warst du ihm sicher die wichtigste Ratgeberin und vielleicht manchmal auch die Kritikerin auf die er gehört hat. Immer hast du es auf jeden Fall geschafft, ihn auch nach manchem Ärger und Verdruss wieder frohgelaunt, zumindest in die Sitzungen des Landkreistages Baden-Württemberg, kommen zu lassen.

Dir wünsche ich nun viel Erfolg bei der Resozialisierung deines Mannes und euch beiden einen langen, glücklichen und gesunden Ruhestand. Ich darf dir gleich im Anschluss als kleines Zeichen dieses Dankes einen Blumenstrauß überreichen.

Joachim Walter ist Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg

Wir vertreten die baden-württembergischen Kommunen in Europa

Europas Zukunft wird vor Ort gemacht: in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Dabei stehen die baden-württembergischen Kommunen den Europäischen Institutionen gestaltend und partnerschaftlich zur Seite.

Von Patrick Wegener · Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Das Team des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen (v. l. n. r.): Patrick Wegener, Marleen Lorenz und Jan Molzberger © Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Europapolitik und Kommunen sind eng miteinander verknüpft. Nicht zuletzt, weil die Ziele, die die EU verfolgt, am Ende in den Landkreisen, Städten und Gemeinden umgesetzt werden – Rund 80 Prozent der Entscheidungen in Brüssel haben einen direkten oder indirekten Einfluss auf die kommunale Ebene. Damit deren Interessen im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission bei allen Entscheidungen gehört werden, haben der baden-württembergische Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag 1999 ein gemeinsames Europabüro in Brüssel eingerichtet.

Mit dem Europabüro machen die Kommunalen Landesverbände Baden-Württembergs auf die Besonderheiten seiner Kommunen in Brüssel aufmerksam. Und sorgen so aktiv für kommunalfreundliche europäische Rahmenbedingungen. Mit Konsultationsbeiträgen, Positionspapieren und im persönlichen Austausch bringt das Europabüro die kommunale Expertise in die europäischen Diskussionen ein. Dabei steht im Mittelpunkt, dass die kommunale Ebene als Gestaltungsebene, statt reiner Umsetzungsebene von europäischer Politik wahrgenommen wird.

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen ist darüber hinaus auch Multiplikator für seine Mitglieder. Für diese versteht es sich als erste Anlaufstelle für Europafragen. So hält es die Verwaltungen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen über aktuelle kommunalrelevante Entwicklungen, Gesetzgebung und Urteile auf dem Laufenden.

Das Europabüro berät die Mitglieder der Kommunalen Landesverbände insbesondere in Bezug auf EU-Fördermöglichkeiten. Das Handbuch „EU-Fördermöglichkeiten für Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg“ für die Fördermittelperiode 2021 bis 2027 kann über die Kommunalen Landesverbände bezogen werden. Das Handbuch dient als digitales Arbeitsdokument und Kompass, um die kommunalen Akteure durch die unterschiedlichen EU-Fördermöglichkeiten zu begleiten. Das Europabüro steht bei Rückfragen und individueller Beratung zur Seite.

Informationen aus Brüssel direkt ins Landratsamt

Brüssel Aktuell erscheint in einem zweiwöchigen Rhythmus, immer an einem Freitag und ist der gemeinsame Newsletter der Bürogemeinschaft. Die Informationsschrift dient den Mitgliedern der Kommunalen Landesverbände als zuverlässiger Hintergrund für kommunalrelevantes europäisches Geschehen. Die Referentinnen und Referenten der Europabüros informieren in Brüssel Aktuell über aktuelle

Entwicklungen, Gesetzgebung sowie Urteile und weisen auf kommunalrelevante Umstände hin. Interesse? Dann melden Sie sich unter sekretariat@europabuero-bw.de und die nächste Ausgabe erreicht Sie direkt.

Kommunale Delegationen in Brüssel

Kommunale Delegationen reisen nach Brüssel, um sich über EU-Entwicklungen zu informieren, an Veranstaltungen teilzunehmen und aktiv kommunale Erfahrungen und Expertise mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommission und des Parlaments zu teilen. Das Europabüro unterstützt bei der inhaltlichen Organisation solcher Delegationsreisen. Es wird empfohlen, die Reise während der Sitzungswochen des Europäischen Parlaments zu planen und etwa fünf Monate Vorlaufzeit einzuplanen. Bei Interesse steht Marleen Lorenz als Ansprechpartnerin zur Seite. Das Europabüro hat für den Erstkontakt zudem neuerdings eine digitale Abfrage eingerichtet, die die wichtigsten Fragen zu Beginn beantworten soll.

Hospitationen im Europabüro im Zuge der Personalentwicklung

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen bietet Kolleginnen und Kollegen aus den Verwaltungen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen die Möglichkeit, eine Hospitanz in Brüssel zu absolvieren. Dabei können sie die Arbeit des Europabüros und das Zusammenspiel der europäischen Institutionen hautnah erleben, sich mit Kolleginnen und Kollegen anderer europäischer Büros austauschen und an Fachveranstaltungen teilnehmen. Die Hospitantinnen und Hospitanten können sich auch dabei auch auf ihre Kernthemen fokussieren. Dauer und Zeitpunkt der Hospitanz sind flexibel und werden in Absprache vereinbart. Im Europabüro steht dazu Marleen Lorenz als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Alles über das Europabüro, aktuelle Positionen und über die kommunale Europaarbeit der Kommunalen Landesverbände lesen Sie hier: www.europabuero-bw.de

Patrick Wegener ist Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel

IHRE ANSPRECHPERSONEN IM EUROPABÜRO DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNEN

© Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Patrick Wegener, Leitung des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen
Er ist erreichbar unter patrick.wegener@europabuero-bw.de und +49 170 6372484.

© Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Jan Molzberger, stellvertretende Leitung des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen
Seit dem 1. September 2024 unterstützt Jan Molzberger das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen als stellvertretender Leiter. Herr Molzberger war zuletzt als Referent im Staatsministerium Baden-Württemberg mit der Steuerung und Umsetzung der Partnerschaftskonzeption Baden-Württemberg & Frankreich betraut. In seinem Masterstudium des Europäischen Verwaltungsmanagements an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg und Kehl erhielt Herr Molzberger grundlegende Einblicke in die Landes-, Bundes- und Europapolitik. Ergänzend hierzu konnte er sich mit dem europäischen Arbeitsumfeld durch ein Praktikum im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau sowie ein Traineeship bei der Europäischen Kommission in der Generaldirektion Regio ein Bild von der Arbeitsweise der europäischen Institutionen machen. Zuvor hatte Herr Molzberger ein Bachelorstudium Public Management an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl mit dem Vertiefungsbereich EU-Recht und -Politik absolviert. Er ist erreichbar unter jan.molzberger@europabuero-bw.de und +49 170 5822186.

© Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

Marleen Lorenz, Office-Managerin des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen
Sie ist erreichbar unter marleen.lorenz@europabuero-bw.de und +32 25136408.

Gut integrierte Zugewanderte lotsen Neuzugewanderte durch das Gesundheitssystem

Für Neuzugewanderte ist der Zugang zum Gesundheitssystem vor Ort häufig erschwert. Interkulturelle Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen wollen zu einer sinnvollen Nutzung medizinischer Versorgungsstrukturen beitragen und für Akteure des Systems Entlastung bieten.

Von Aaron Falkner · Neckar-Odenwald-Kreis

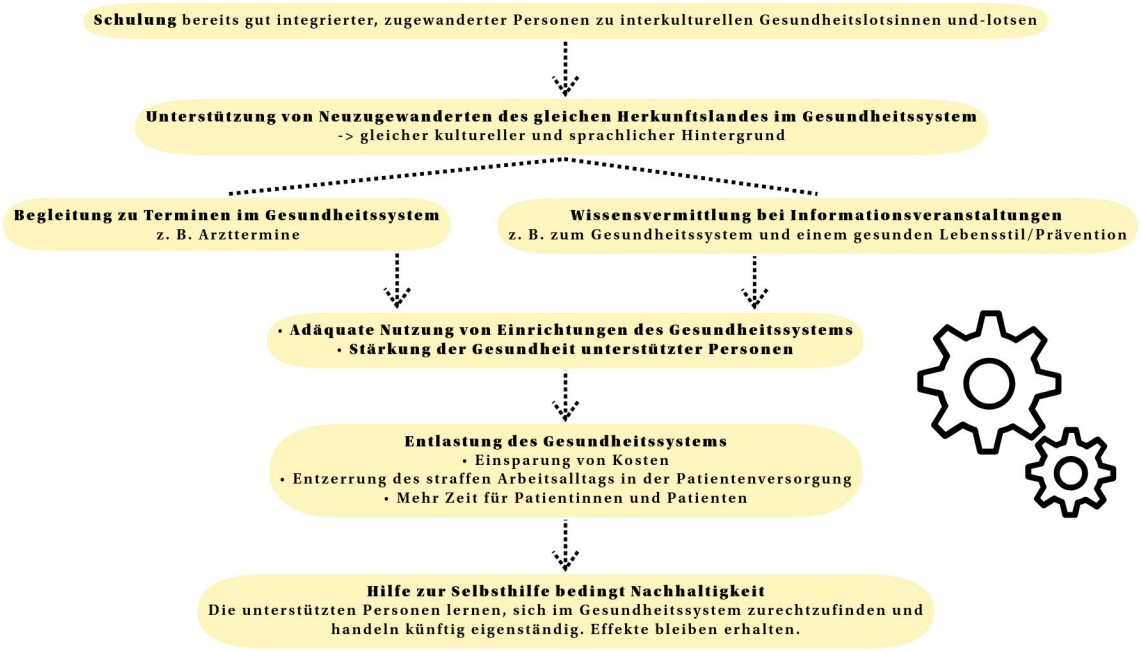
Überreichung der Urkunden nach erfolgreichem Abschluss der ersten Schulungsveranstaltung © Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

Im großflächigen Neckar-Odenwald-Kreis mit ländlicher Struktur leben inzwischen etwa 18.000 zugewanderte Menschen[1] aus mehr als 100 Ländern[2]. Die internationale politische Situation lässt künftig insbesondere einen weiteren Zuwachs geflüchteter Menschen vermuten, die sich nach einem oftmals beschwerlichen Weg ein neues Leben aufbauen müssen, was mit vielen Hürden verbunden ist. Dabei spielt auch das Gesundheitssystem eine wichtige Rolle. Wann gehe ich zum Hausarzt, wann in die Notaufnahme? Wann wende ich mich an den ärztlichen Bereitschaftsdienst? Wie kann ich mich angemessen um meine Gesundheit kümmern? Diese und weitere Fragen stellen Neuzugewanderte vor Herausforderungen. Kommunikationsprobleme aufgrund unterschiedlicher Sprachen kommen ergänzend hinzu.

Für neu angekommene Menschen ist der Zugang zum Gesundheitssystem daher häufig erschwert. Das geht mit einer inadäquaten Nutzung der Versorgungsstrukturen einher, was eine ungünstige medizinische Versorgung bedingt. Mit dem durch Landesmittel geförderten Projekt „Interkulturelle Gesundheitslotsinnen und Gesundheitslotsen“ sollen bereits gut integrierte Zugewanderte gleichsprachigen Neuzugewanderten die Strukturen des Gesundheitssystems und das Thema Gesundheit näherbringen, um einen Entlastungseffekt für das Gesundheitssystem zu erzielen und dabei die Versorgung aller Patientinnen und Patienten zu verbessern.

Die Projektidee sieht zunächst die Qualifikation gut integrierter Zugewanderter zu interkulturellen Gesundheitslotsen durch eine Schulung vor. Anschließend sollen diese als erste Projektkomponente ihr Wissen kultursensibel und unter Ausschaltung der Sprachbarriere bei Informationsveranstaltungen an Neuzugewanderte weitergeben. Im Vordergrund steht einerseits die Vermittlung von Informationen zur sinnvollen Nutzung der Strukturen von medizinischen Einrichtungen. Eine bedeutende Rolle kommt dabei unter anderem der beschwerdeabhängigen Differenzierung zwischen Hausarzt, Bereitschaftsdienst und Notruf 112 zu.

Die Veranstaltungen dienen andererseits der Weitergabe von praxisbezogenem Wissen zur Vorbeugung von Erkrankungen im Sinne eines präventiven Ansatzes. Wer durch präventive Maßnahmen Erkrankungen vorbeugt, der verbessert nicht nur die eigene Gesundheit. Gleichfalls profitiert auf größerer Ebene auch das Gesundheitssystem durch eine verminderte Morbidität mit konsequenterweise geringerer Beanspruchung medizinischer Einrichtungen. Nicht zuletzt werden damit auch Kosten gesenkt.



Konzept und Ziele des Projektes © Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

Als zweite Komponente sind Begleitungen von Neuzugewanderten zum Beispiel zu Arztterminen vorgesehen. Durch die Vorbereitung relevanter Unterlagen sowie eine Reduktion von Verständigungsproblemen im Patientengespräch könnte Zeit eingespart werden, die letztlich allen Patientinnen und Patienten zugutekommt. Ebenso spielt das pünktliche Erscheinen zum Termin eine wesentliche Rolle. Die verbesserten Abläufe führten daneben auch für Akteure des Gesundheitssystems zu einem Auflockerungseffekt in der zeitlich straffen Patientenversorgung.

Konzeptioneller Eckpfeiler des Projektes ist die Nachhaltigkeit der Maßnahmen durch Hilfe zur Selbsthilfe: Die anfängliche Unterstützung Neuzugewanderter soll sie künftig zu eigenständigem Handeln befähigen und damit Baustein gelungener Integration sein. Gesundheit ist eine essenzielle Voraussetzung für Handlungsfähigkeit. Wer sich erfolgreich in eine Gesellschaft integrieren möchte, wer sich engagieren und seine Arbeitskraft einbringen möchte, der sollte gesund sein.

1) www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/MigrNation/01035010.tab?R=KR225, zuletzt aufgerufen am 24.04.2024
2) BAMF, Stand 30.04.2023

WEITERE INFORMATIONEN

Koordinierungsstelle Gesundheitsamt:
Frau Susanne Miller
gesundheitslotsen@neckar-odenwald-kreis.de
Telefon 06261/842442
www.neckar-odenwald-kreis.de/gesundheitslotsen

Aaron Falkner ist Arzt im Fachbereich 3 – Gesundheitswesen im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis

WOZU GIBT ES INTERKULTURELLE GESUNDHEITSLOTSEN?

Im Rahmen des Projektes wurde bereits eine Koordinierungsstelle im Gesundheitsamt eingerichtet. Hierüber sollen künftige Einsätze gesteuert werden. Darüber hinaus fanden bislang zwei Schulungsveranstaltungen statt, die von den Teilnehmenden gut angenommen wurden. Ziel der Schulungen ist die intensive und praxisorientierte Auseinandersetzung mit der künftigen Tätigkeit. Neben den Strukturen des Gesundheitssystems und der Vorbeugung von Erkrankungen wurden dabei auch grundlegende Fertigkeiten in Sprachmittlung, Didaktik und Gesprächsführung vermittelt. Insgesamt haben 18 Personen die Schulung erfolgreich absolviert, zwei weitere Personen haben sie begonnen. Tatsächlich befanden sich unter den Teilnehmenden auch solche mit Fluchterfahrung, die damit dem Ideal der Projektidee entsprechen. Trotz belastender Erlebnisse der Flucht haben sie sich gut in die Gesellschaft hierzulande integriert und wollen sich durch das Projekt zusätzlich gesellschaftlich engagieren. Eine solche Zuwanderungsgeschichte ist jedoch nicht zwingende Voraussetzung, um Gesundheitslotse zu werden.

Die Projektleitung ist mit der bisherigen Entwicklung des Projektes zufrieden. Das Fundament für künftige Einsätze nimmt deutliche Formen an, doch soll es noch weiter gefestigt werden. Konkret geht es dabei um die Gewinnung zusätzlicher interkultureller Gesundheitslotsen mit dem Hauptziel, die sprachliche Vielfalt vor Ort noch besser abbilden zu können. Parallel ist zudem eine Pilotierung von Einsätzen im kinderärztlichen Bereich geplant. Hier sollen erste Erfahrungen gesammelt werden, um Feinabstimmungen im Ablauf vornehmen zu können. Nach Abschluss der Pilotphase können reguläre Anfragen für Einsätze gestellt werden.

SAVE THE DATE: Fachtagung 2025

Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft

Im Mittelpunkt der 22. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft steht die Frage, wie die soziale Daseinsvorsorge im Spannungsfeld gesellschaftlicher Transformation gestaltet werden kann.

Von Christine Stutz, Daniel Werthwein und Maximilian Teufel · Landkreistag Baden-Württemberg

© Adobe Stock

Eine zukunftsfähige kommunale Daseinsvorsorge steht nicht ausschließlich für die Sicherstellung der Grundbedürfnisse, sondern ist mehr: Sie fördert den sozialen Zusammenhalt und wirkt dadurch präventiv auf soziale Probleme wie bspw. Einsamkeit. Die Daseinsvorsorge meint ein existenzielles Netz für Menschen und trägt damit zu einer stabilen und resilienten Gesellschaft sowie guten Lebensbedingungen im Quartier bei.

Im traditionellen Tagungshotel St. Elisabeth in Allensbach-Hegne finden am Mittwoch, 7. Mai 2025, von 9:45 bis 15.30 Uhr die 22. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft statt. Für den Vormittag sind Vorträge zur sozialen Daseinsvorsorge von Prof. Dr. Dehne und zum Thema Einsamkeit im Quartier von Dr. Anja Reichert-Schick und Dr. Petra Potz vorgesehen. Diese geben spannende Impulse und Einblicke, um in den Austausch zu kommen. Neben Gesprächsrunden sind für den Nachmittag innovative und kreative Deep-Dive-Sessions geplant, die dazu einladen, noch tiefer in verschiedene Inhalte und einen ansprechenden Mix aus Theorie und Praxis einzutauchen und wertvolle Einblicke zu erhalten.

Über das Mitwirken von Manne Lucha (Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg), Prof. Dr. Alexis v. Komorowski (Hauptgeschäftsführer, Landkreistag Baden-Württemberg) und Zeno Danner (Landrat, Landkreis Konstanz) freuen wir uns sehr.
Eingeladen sind Führungs- und Fachkräfte der Kommunen und Verbände aus den Bereichen Soziales, Quartiersentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Altenhilfe, Inklusion, Integration, Gesundheit und Jugend sowie Interessierte aus bürgerschaftlichen Initiativen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Fachtagung wird vom Landkreistag Baden-Württemberg organisiert und vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert. Finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.

Weitere Informationen zur Fachtagung und die Möglichkeit zur Anmeldung sind im Januar 2025 unter www.reichenauer-tage.de zu finden.

Christine Stutz ist Fachberaterin für Bürgerschaftliches Engagement beim Landkreistag Baden-Württemberg, Daniel Werthwein ist Referent für Pflege, Integration und soziale Sicherung beim Landkreistag Baden-Württemberg, Maximilian Teufel ist Fachberater für Quartiersentwicklung in der Geschäftsstelle des Landkreistags Baden-Württemberg

Landkreistag Baden-Württemberg

Bastian Rosenau, Landrat des Enzkreises, wurde in der Sitzung am 25. September 2024 zum neuen Vorsitzenden des Sozialausschusses des Landkreistags Baden-Württemberg gewählt. Er folgt damit auf den langjährigen Vorsitzenden Landrat Dr. Achim Brötel, Neckar-Odenwald-Kreis, der im September zum Präsidenten des Deutschen Landkreistags gewählt wurde.

Landkreistag Baden-Württemberg

Prof. Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags Baden-Württemberg, ist zum Vorsitzenden des Hochschulrats der Hochschule Kehl gewählt worden. Er folgt damit auf die bisherige Hochschulratsvorsitzende Regierungspräsidentin a. D. Bärbel Schäfer.

Ortenaukreis

Thorsten Erny wird neuer Landrat des Ortenaukreises. Mit 40 Stimmen im dritten Wahlgang wählte der Kreistag des Ortenaukreises am Dienstagnachmittag Gengenbachs Bürgermeister Erny zum Nachfolger des scheidenden Landrats Frank Scherer. Thorsten Erny (55) ist seit 2011 Bürgermeister der Stadt Gengenbach. 2019 wurde er mit 96,9 Prozent im Amt bestätigt. Der Diplom-Volkswirt ist CDU-Mitglied und seit 2014 Mitglied des Kreistags des Ortenaukreises und führt seit 2022 als Fraktionsvorsitzender die CDU-Kreistagsfraktion. Der zweifache Familienvater wird sein neues Amt am 1. November 2024 antreten.

Neckar-Odenwald-Kreis

Dr. Achim Brötel, Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, ist von der Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages zum Nachfolger von Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) in das Amt des Präsidenten des Deutschen Landkreistags gewählt worden. Der 61-jährige Dr. Achim Brötel ist Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachmann. Als Jurist war er zunächst Richter auf Lebenszeit und sogar an den Bundesgerichtshof abgeordnet. Als Kommunalpolitiker sammelte er im Kreistag seit 1999 umfassende Erfahrungen auch in Führungsämtern. Im Neckar-Odenwald-Kreis ist er seit 2005 Landrat und damit in seiner dritten Amtszeit. Er ist zudem Vizepräsident des Landkreistags Baden-Württemberg. Der scheidende Präsident Reinhard Sager wurde auf der Tagung zum DLT-Ehrenmitglied gewählt. Dr. Achim Brötel wurde außerdem vom Bundesverband Breitbandkommunikation BREKO im Rahmen der Initiative Fiber for Future als „Digitalpolitiker“ ausgezeichnet. Der Branchenverband würdigt damit das Engagement Brötels für einen flächendeckenden Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur.

Landkreis Esslingen

Marcel Musolf wurde zum neuen Landrat für den Landkreis Esslingen gewählt. Der 39jährige Diplom-Verwaltungswirt ist Bürgermeister der Gemeinde Bissingen an der Teck im Landkreis Esslingen. Vor seiner Wahl zum Bürgermeister im Jahr 2011 war er dort bereits Kämmerer und Personalleiter. Seit 2014 sitzt der verheiratete zweifache Vater für die Freien Wähler im Esslinger Kreistag. Musolf wurde im ersten Wahlgang mit 53 von 93 gültigen Stimmen gewählt. Der unterlegene Kandidat, der Horber Oberbürgermeister Peter Rosenberger, kam auf 40 Stimmen. Musolfs Amtszeit beginnt am 1. Oktober.

Alb-Donau-Kreis

Heiner Scheffold wurde erneut zum Landrat des Alb-Donau-Kreises gewählt. Der neue Kreistag hat in seiner öffentlichen Sitzung am 24. Juli 2024 wiedergewählt. Scheffold war einziger Kandidat. Er tritt damit im Herbst seine zweite Amtszeit an. Auf ihn entfielen 53 von 60 Stimmen (84 %). Heiner Scheffold ist seit 2016 Landrat des Alb-Donau-Kreises. Seine aktuelle Amtszeit endet mit Ablauf des 30. Septembers 2024.

Landkreis Böblingen

Roland Bernhard wurde als Landrat im Landkreis Böblingen wiedergewählt. Der erst zwei Tage zuvor konstituierte Kreistag hat in seiner öffentlichen Sitzung am 24. Juli 2024 Bernhard wiedergewählt. Bernhard tritt damit im Herbst seine dritte Amtszeit an. Auf ihn entfielen im ersten Wahlgang 69 von 86 Stimmen. Der 67-jährige wird aus Altersgründen seine dritte Amtszeit nicht bis zum Ende der 8 Jahre ausfüllen können, sondern muss sein Amt bis spätestens nach seinem 73. Geburtstag im Januar 2030 abgeben. Roland Bernhard ist seit 2008 Landrat im Landkreis Böblingen. Seine dritte Amtszeit beginnt am 1. Oktober.

Herausgeber
Landkreistag Baden-Württemberg
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart
Telefon 07 11 / 224620
Telefax 07 11 / 2 2462-23
www.landkreistag-bw.de
posteingang@landkreistag-bw.de

Redaktion
Michael Schlichenmaier und
Nadine Steck

Ständige Mitarbeit
Pressestellen der Landratsämter
in Baden-Württemberg

Titelbild
Adobe Stock

Layout
zumkuckuck.com

Druck
Offizin Scheufele Druck und Medien
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Vertretungsberechtigter
Hauptgeschäftsführer
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski

landkreisnachrichten.de